Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 75 Goldpfennig monatlich zuzüglich 6 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, entgegen. — Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verspätung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 10 Goldpfennig. — Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. — Anzeigen-Annahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser", Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. — Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277.

Nummer 28 — Halle (S.), 9. Juli 1927 — 3. Jahrgang

Die brüchige Koalition.

Die Sehnsucht nach Ferien — Die Angst vor Scherben — Die Doppelpolitik des Zentrum — Zwischen Weimarer Koalition und schwarz-blauem Block — In Preußen anders als im Reich — Der Kampf um das Schulgesetz — Herbsttagung? — Die Volkspartei für Abbau der Zölle, die Deutschnationalen für Erhöhung — Unstimmigkeiten im Kabinett — Preußens Vorstoß im Reichsrat — Der verschiebbare Verfassungstag — Fronleichnam — Das aufgehobene Sperrgesetz — Die Abfindung des Mittelalters — Kostspielige Politik — Die Aussichten einer Auflösung — Wahlen in Strelitz — Die Militärattachés.

In den Wandelgängen des Reichstages wird nur einer Wunsch laut, möglichst bald die Pforten des Vallotaus zu schließen, ehe eine Krise heraufzieht. Es ist diesal nicht allein Sorge um das eigene Wohlergehen, sondern die ernste Befürchtung, daß die Koalition eine lange ngung nicht mehr übersteht. Die Gegensätze sind zu groß worden und werden nach außen nur mühsam übertüncht. abei aber muß der aufmerksame Beobachter feststellen, ß die Risse im Bau nicht gradsinnig verlaufen, sondern h kreuzen. Keine der Kabinettsparteien weiß, wohin sie i einer Sprengung des Blocks gehen soll. Einige Wochen ndurch schien es, als ob das Zentrum die Absicht hätte, ch einem Sturz des jetzigen Kabinetts sich auf die Weiarer Koalition zu besinnen und dort die Führung zu hernehmen. Manches sprach dafür, auch die vorsichtige eilegung des Zwischenfalls Dr. Wirth. Bei den klugen aktikern, über die das Zentrum immer verfügt, auch einn es sie gerade am wenigsten in den Vordergrund ellt, konnte man sehr wohl mutmaßen, daß man Dr. Wirth t mit einem kleinen Verweis abstrafen wollte, um ihm ieder die Führung in der Weimarer Koalition zu übergen. Die Aussichten dafür waren auch nicht schlecht. as Bröckeln der Kommunisten wie der Auftrieb der Soaldemokraten müssen immerhin mit einem erfolgreichen ufmarsch rechnen. Nahm man diese Rechnung als richtan, dann war allerdings die Voraussetzung dafür, daß Zentrum unter Verzicht auf Schulgesetz und Konsordat, einer sich bietenden Gelegenheit den Austritt aus der ftigen Koalition anmelden und so der Volkspartei oder n Deutschnationalen zuvorkommen würde. Deshalb urde auch der Beschluß des Parteiausschusses vom letzten onntag, der die Politik der beiden Hebel in Preußen und eich billigte und fortzusetzen versprach, im gleichem Sinne ngedeutet. Und doch war es falsch. Das Zentrum wollte dglich einen Druck damit auf die Rechtsparteien ausben, um sie für das Reichsschulgesetz willfährig zu machen. e Klerikalisierung der Lehranstalten erscheint immer chtiger als die Republik mit ihren Verfassungsproblemen s Zollfragen und Außenpolitik.

*

Allerdings, das Zentrum hat das Schulgesetz noch nicht n Hafen. Nur ein Zugeständnis wurde ihm gemacht: Die eptembertagung, die lediglich den Zweck verfolgt, das esetz in erster Lesung zu verabschieden und es dann dem ildungsausschuß zu überweisen. Ob der Reichstag sich dieser recht überflüssigen Sitzung bereit findet, bleibt zuwarten. Möglich ist es immerhin. Doch damit ist enig erreicht. Schon das Kabinett, dieser kleine Ausuß von elf Mann, Geßler fehlt sogar, weil er sich auf rlaub befindet, — hat keine Einigung zu erzielen verocht. Sechs Stunden hat man darüber hin und her beten, hat sogar eine zweite Sitzung zur Aussprache verandt, und doch schließlich nichts weiter beschlossen, als die orlage dem Reichsrat und Reichstage zuzuweisen, ohne bst irgend eine Bindung einzugehen. Aus dem diplotischen Deutsch Parlamentarismus in die gewöhnliche prache übertragen heißt das nichts anderes, als daß nur s Zentrum hinter dieser Vorlage steht und daß sowohl e Deutschnationalen wie die Deutsche Volkspartei sich die reiheit vorbehalten haben, über die einzelnen Paragraphen nach eigenem Ermessen abzustimmen. Noch hat s Zentrum nicht triumphiert. Wenn der deutsche Liralismus, der die Freiheit des Geistes zuerst in einem r reaktionärsten Staaten der Welt proklamiert hat, durch effing, durch Schiller, Fichte, Schleiermacher, auf seinem ofen ist, wird er auch diese Gefahr zu bannen wissen. Das chicksal der Vorlage kann von ganz wenigen Stimmen hängen.

*

Die Zolltarifnovelle ist zwar noch nicht unter Dach nd Fach, doch kann man wohl annehmen, daß Herrn chiele dieses Meisterwerk gelingt. Eigentlich hätte er rücktreten müssen, denn die Landwirtschaft sieht auch in iesem Kompromiß wie immer eine schwere Gefährdung s deutschen Ackers und hat die Zollerhöhung als unzuichend bezeichnet. Aber Herr Schiele kennt seine Parteiefunde, und wir kennen sie auch. Sie haben stets die unst beherrscht, am lautesten zu rufen, und wenn auch cht alles, so doch noch immer mehr zu erzielen, als sie hst für wahrscheinlich gehalten haben. Die eigentlichen Opfer bringen die beiden anderen Koalitionsparteien. Das Zentrum mutet seinen Anhängern in der Arbeiter- und Angestelltenschaft erheblich viel zu, und die Volkspartei kann den Widerspruch nicht aus der Welt schaffen, der zwischen der Haltung der Fraktion und den Reden ihrer beiden Reichsminister — Stresemann auf der Genfer Tagung, Curtius in der Sitzung der Handelskammern zu Hamburg — weithin sichtbar klafft. Der Landwirtschaftsminister hat nicht vermocht, die starken Meinungsverschiedenheiten im Kabinett zu vertuschen. Als Hilferding sie festnagelte, gab er ihr Bestehen achselzuckend zu. Es ist die Abschlagszahlung, die notwendig wurde, um das Kabinett über diesen Sommer hinweg zu bewahren. Die Kosten für das Eis. Die Entwicklung selbst wird einmal andere Wege gehen, die durch die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz vorgezeichnet sind. Dann aber wird das ganze Kabinett Marx III nur noch als eine unerfreuliche Episode in der Geschichte der Republik auf irgendeiner Tafel verzeichnet stehen.

*

Im Reichsrat hatte die Reichsregierung eine schwere Niederlage erlitten, als sie mit der Zolltarifnovelle kam. Unter Führung Preußens stimmten die meisten deutschen Länder gegen die Erhöhung des Zuckerzolls und Kartoffelzolls. So wurde eine Doppelvorlage nötig. Nebeneinander gingen dem Reichstage die Gesetzentwürfe zu, wie sie nach der Reichsregierung und nach der Absicht des Reichsrates aussehen sollen. Bileben die Länderregierungen fest, so wäre es eine Spielerei, eine Krise von größtem Umfang heraufzubeschwören. Ein Einspruch des Reichsrates kann vom Reichstage nur mit Zweidrittel Mehrheit zurückgewiesen werden. In diesem Falle so aussichtslos, daß Herr Marx es gar nicht wagen würde, das Ansinnen überhaupt zu stellen. Die Vorlage wäre damit gefallen, aber das deutsche Volk hätte keinen Vorteil, denn dann träten die autonomen Zollsätze in Kraft, die noch höher liegen. Das ist auch wohl der Grund, weshalb ein Teil der Länder bereits neue Instruktionen an seine Reichsratmitglieder gesandt hat. Man wird zunächst einmal drei gerade sein müssen, um dann bei dem endgültigen Zolltarif das entscheidende Wort zu sprechen.

*

Demokraten und Sozialdemokraten haben ihren Antrag auf Festlegung des 11. August als nationalen Feiertag wenigstens bis zur Aussprache gebracht. Freilich ist es nicht ihr Verdienst, denn sie hätten im Reichstage ohnmächtig jeder Sabotage zusehen müssen, da das Zentrum willens war, eine Verschleppung bis zum Spätherbst herbeizuführen. Da griff Preußen ein. Ein Fernstehender wird nie ganz begreifen, daß eine Regierung mit Zentrumseinschlag gegen die andere Regierung mit Zentrumseinschlag Angriffe richtet, aber der Parteiausschuß hat ja ausdrücklich diese Politik des doppelten Bodens gebilligt. Jedenfalls bestand Preußen auf Erörterung dieses Antrages und setzte seinen Willen durch. Für die ursprüngliche Fassung des Antrages sind die Aussichten nicht eben groß. Das Zentrum verwässert. Nur dann soll der 11. August gefeiert werden, wenn er auf einen Sonntag fällt, sonst feiert man eben den Abschluß des Verfassungswerkes am nächstfolgenden Sonntag. Bei geschichtlichen Gedenktagen eine etwas merkwürdige Anschauung. Man richtet sich offiziell nach dem Kalender, in Wahrheit nach der doppelseitigen Koalitionspolitik des Zentrums. Wenn die Linke überhaupt etwas Greifbares schaffen will, wird sie schon diesem ganz üblen Kompromiß zustimmen müssen, und nicht nur das, man wird auch den Fronleichnamstag zu einen offiziellen Staatsfeiertag machen. Rom tut nichts umsonst. Es muß an allem verdienen.

*

In der Fürstenabfindungsfrage hat der Reichstag völlig versagt. Dasselbe Zentrum, das immer für Sperrgesetze eintrat, hat sich jetzt den Deutschnationalen Halbrepublikanern gefällig erwiesen und den Antrag der Linken auf Verlängerung des Gesetzes abgelehnt. Schon melden sich auch die Standesherren mit ihren überalteten Forderungen, die in der modernen Zeit schon wegen ihres Charakters keinen Platz mehr haben. All die alten Raubsteuern wie Brückenzoll, wie Judengeld, wie Kopfsteuern, die damals bei Verschwinden der kleinen Dynastien in Renten abgegolten wurden, werden heute als Wechsel der Republkit zum Einlösen präsentiert. Der Grundfehler wurde damals in Weimar gemacht. Sagen wir das nur ganz offen. Ungezählt waren die Versäumnisse der Volksbeauftragten, aber die Nationalversammlung unter dem fürchterlichen Eindruck des Versailler Vertrages und der Unruhen im Innern hatte nicht Muße, Rechtsfragen gründlich durchzuprüfen. Damals wäre es an der Zeit gewesen, mit dem ganzen Spuk des feudalen Mittelalters aufzuräumen. Die Gegenwart versagt wieder. Nur weil das Zentrum das Schulgesetz haben will. Sehr billig ist dieses Vergnügen nicht. Die Forderungen der Standesherren belaufen sich allein kapitalisiert in Preußen auf 120 Millionen Goldmark. Der Aufwertungssatz von 12½ Prozent, also derselbe, den die Anleihebesitzer erhalten, wird von der jetzigen Koalition als unbillig empfunden. Sie wird 25 Prozent wie bei Hypotheken bewilligen. Dafür werden auch die Auslandsdeutschen, die 12 Milliarden verloren haben, mit 900 Millionen abgespeist. Das republikanische Glaubensbekenntnis der Deutschnationalen hat den einstigen Trägern der Monarchie gute Dienste geleistet.

*

Wir sind an dieser Stelle seit langem für Reichstagsauflösung und Neuwahlen eingetreten. An Parolen fehlt es nicht, die zugkräftig genug sind und uns von unseren Gegnern geliefert wurden: Sicherung der Reichsgewalt gegen den zerstörenden Einfluß des Partikularismus, der unter Herrn Dr. Köhler große Fortschritte erzielt hat, Freiheit der Schule und des deutschen Geisteslebens und Anschluß an die Weltwirtschaft gemäß den Beschlüssen von Genf, also Abbau der Zölle, statt Uebersteigerung. Wenn wir an dem Ausgang kommender Wahlen noch gezweifelt hätten, so haben uns die Ergebnisse in den einzelnen Ländern gezeigt, daß keine Gefahr besteht. Am letzten Sonntag sind die Strelitzer zur Urne gegangen. Klein ist das Land, aber in seiner Zusammensetzung ein gutes Spiegelbild des Reiches. Es kann schon als Muster gelten. Und der Erfolg entsprach den Erwartungen. Die Völkischen halbiert, die Kommunisten völlig geschlagen, die Rechten erschüttert. Nur die Mitte hat sich gehalten, und die Sozialdemokraten einen Aufschwung erfahren. Die Zeit ist reif.

*

Die Engländer haben den besiegten Staaten von 1918 die Entsendung von Militärattaches nach London gestattet. Ungarn griff zu. Prinz Hohenlohe wird der Gesandtschaft schon in nächster Woche zuerteilt werden. Frankreich protestiert vergebens. Der Artikel 179 des Friedensvertrages gibt keine Handhabe für diesen Einspruch, obwohl man sich in Paris auf ihn beruft. Deutschland zögert noch, und unsere Nationalistenpresse lärmt gewaltig gegen ein Kabinett, das ihr doch näher steht als uns. In Wirklichkeit hat die Regierung Recht. Der Schritt ist nicht bedeutungsvoll genug, um die europäische Lage zu erschweren. Wer Großes will, muß in Kleinigkeiten behutsam vorgehen. Herr Dr. Stresemann weiß, weshalb er zaudert. Aber wenn die Deutschnationalen anderer Auffassung sind, so sei es ihnen gern gestattet, diesen Anlaß zum Ausscheiden zu benutzen.

Richard May.

Geht Sie das an?

Haben Sie schon in diesem Jahre für die Partei ein Mitglied gewonnen? Wenn nicht, dann beeilen Sie sich, damit wir Sie in die Liste der Förderer eintragen können.

Jeder organisierte Demokrat hat im Laufe dieses Jahres der Partei ein neues Mitglied zuzuführen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270709-18/fragment/page=0001

Der Beamte im neuen Staat

Auf der Demokratischen Reichsbeamtentagung behandelte der Führer der demokratischen Beamten das Thema **„Der Beamte im neuen Staat“.** Wir lassen das mit großem Beifall aufgenommene Referat hiermit folgen.

Der Referent führte u. a. aus:

Was wir positiven Demokraten und Republikaner am staatlichen Leben der Gegenwart auszusetzen haben, ist, daß es allzu wenig des neuen demokratischen, sozialen Geistes atmet, der ihm durch die Staatsumwälzung eingeflößt werden sollte und für eine kurze Zeit auch eingeflößt worden ist. Wir haben das Gefühl, als ob der unsoziale Klassenstaat der Vorkriegszeit wiedergekehrt sei, nur schlichtern behängt mit einigen Emblemen des neuen Deutschlands. Aehnlich empfinden wir, wenn wir uns das Beamtentum der heutigen Zeit und seine Dienst- und Lebensauffassungen betrachten. Das mag für viele Dinge sein Gutes haben. Denken wir an die hohe Auffassung der Dienstpflicht, an Ehrlichkeit, Fleiß und Bescheidenheit. Da wünscht natürlich kein Mensch eine Aenderung. Diese Eigenschaften deutschen Beamtentums mögen alle Wandlungen und Zeiten überdauern. Andere jedoch können, ja müßten im neuen Staat beseitigt werden, wenn die Beamtenschaft die Stellung im Volksstaat wirklich einnehmen will, die ihm die Weimarer Verfassung zuweist, nämlich Diener der Gesamtheit zu sein. Ich weiß, daß unsere Freunde schon immer diese hohe Auffassung gehabt haben, viele schon im monarchischen Staat, und daß sie die stärkste Befriedigung an ihrem Beruf gerade darin gefunden haben, ihrem Volk zu dienen, zum Wohle ihres Volkes arbeiten zu können. Leider ist diese Berufsauffassung nicht Allgemeingut. Getreu der Tradition des monarchischen Dienstes sieht sich ein wesentlicher Teil der deutschen Beamtenschaft noch immer lediglich als Vollzugsorgan des Staates oder der Gemeinde an, als ein Organ, dessen Aufgabe es ist, das Bürgertum mit mehr oder weniger Strenge zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten und sich dank diesem Rechte als besonders herausgehoben, vom nichtbeamteten Volke abgesondert zu sehen. Das ist auch der Beamte, der im Verkehr mit dem Publikum leider noch immer den „feinen“ Mann oder die Dame dem schlichten Arbeiter oder Handwerker oder der Frau aus dem Volke sichtlich vorziehen wird. Das ist auch der Beamte, der im inneren Dienst der alte geblieben ist, der die Hakken vor dem Herrn Vorgesetzten zusammenreißt und seine Untergebenen in einem Ton rüffelt, den man heute auch nicht mehr auf dem Kasernenhof hören sollte.

Wenn heute zwischen großen Volksschichten und dem Beamtentum noch Lücken klaffen, die gegenseitiges Verständnis ausschließen, dann liegt es im wesentlichen daran, daß das Volk den Beamten nicht als Mensch sieht. Der Schlüssel zum Verständnis mit den anderen Volksschichten liegt aber lediglich beim Beamtentum. Dieses muß die Schritte tun, die zum andern Teile führen, und muß die Brücke bauen, die über die Trennungsgräben führt. Der Beamte des neuen Staates muß ein gleichwertiges Glied des Staatsvolkes werden. Er muß ihm innerlich verwachsen sein und seine Tätigkeit muß „dienen“, nicht „herrschen“ sein. Er muß Helfer sein denen, die sich an ihn wenden müssen, er muß Freund sein all denen, die schwach und in Not sind. Er muß natürlich werden in Wort und Schrift. Dabei weiß ich wohl, daß es in vielen Fällen aus juristischen Gründen noch nötig sein wird, Formalien anzuwenden, die im freien Leben sonst nicht üblich sind. Doch auch dabei werden sich manche dem allgemeinen Volke verständliche Wendungen finden lassen. Sagen wir es mit einem Wort: „Der Beamte des neuen Staates muß — gleichgültig, ob er der höchste oder der geringste ist — volkstümlich sein, im Volke wurzelnd, mit ihm verwandt, gleich fühlend und denkend!

Nur einige Betrachtungen über den Beamten als Politiker, als Staatsbürger! Die Beamtenschaft ist auch schon traditionsgemäß dafür bekannt, in hohem Maße unpolitisch zu sein. Im früheren Staat mag das sowohl für den Einzelnen als für den Staat bestimmte Vorteile gehabt haben. Der Beamte folgte blind der Politik der Regierung und ließ im übrigen den lieben Gott sorgen. Das war bequem und hielt ihn persönlich aus dem politischen Tagestreit fern. Heute, im demokratischen Staat, mag das zwar auch bequem sein, namentlich seit der Zeit, seit der man auf der Rechten mit gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Boykott arbeitet. Es ist aber eine Pflichtvergessenheit gegenüber der Allgemeinheit und — sofern es kein Zeichen von Feigheit ist — ein Zeichen mangelnder Bildung. Die Pflicht des Staatsbürgers ist, mit allen seinen Kräften seinem Staat zu dienen, d. h. Politik zu treiben. Und der Beamte ist Staatsbürger mit allen Pflichten und Rechten auch der Nichtbeamten. Ja, er genießt für die Ausübung dieser Staatsbürgerpflicht noch den besonderen Schutz der Reichsverfassung, die sagt: Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Gesinnung gewährleistet. Aber die Beamtenschaft schädigt sich durch diese ihre unpolitische Haltung auch selbst. Sie begibt sich des Einflusses auf die Gesetzgebung in ihrem Sinne, indem sie nichts tut, um die Zusammensetzung der Parlamente zu beeinflussen. Sie schadet sich aber noch besonders dadurch, daß sie die Wertschätzung der politischen Parteien verliert.

Die Beamtenschaft hat sich ausgezeichnete Standesorganisationen geschaffen. Sie sind in der Form gut aufgezogen, haben zumeist einen guten Apparat und arbeiten äußerlich tadellos. Sie haben auch hie und da einen Erfolg. Voraussichtlich dort, wo sie ihn auch ohne den großen Apparat gehabt hätten. Haben sie aber den Erfolg auch in den großen und größten Angelegenheiten der Beamtenschaft? Wo sind die Erfolge bei allen Beamtenrechtsfragen, bei den Gehaltsfragen? Vor Jahresfrist fand sich der wesentlichste Teil der Beamtenschaft in einer Großorganisation mit etwa 1 100 000 Köpfen zusammen. Der Reichskanzler, der preußische Ministerpräsident und viele Regierungsvertreter waren als Gäste anwesend und zeigten so, welche Bedeutung dieser Zusammenschluß hatte. Wo ist aber bisher der Erfolg dieser Riesenorganisation? Die Regierung antwortet ihr nicht einmal auf ihre Hilferufe, auf ihre unentwegte Forderung nach einer Gehaltserhöhung.

Auch dieser Mißerfolg liegt zum Teil im politischen Versagen der Beamtenschaft. Sie hat sich politisch neutrale Organisationen geschaffen, weil sie sonst zersplittern würde. Aber sie übersieht, daß sie diese Organisationen mitten in die Politik hineinstellen muß, weil ja das Schicksal aller Beamtenforderungen nicht allein von der Regierung, sondern auch vom Parlament abhängt. Dort den Einfluß zu gewinnen, der notwendig ist, um im Kampf siegreich zu bestehen, hat die Beamtenschaft versäumt. Sie hat jetzt zwar Beamte, die Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes sind, in fast allen Fraktionen des Reichstages und wohl auch des Preußischen Landtages sitzen Aber sie hat diese Abgeordneten so gut wie garnicht in der Hand. Ihre Erklärung zu diesem Verhalten ‚daß sie Abgeordnete des gesamten Volkes seien, und nur ihrem Gewissen verantwortlich wären, weil sie an keinen Auftraggeber gebunden sein dürften, ist Phrase. Wir brauchen nur die Tätigkeit der Abgeordneten anderer Berufe zu beobachten. Wäre die parteipolitisch neutrale Großorganisation den politischen Notwendigkeiten des parlamentarischen Systems angepaßt, dann müßte sie auch hier alle Seiten spielen, die für sie überhaupt erreichbar sind. Sie müßte im wahrsten Sinne des Wortes Politik machen. Sie müßte Beamtenabgeordneten, die wesentlich gegen die Forderungen ihrer Organisation verstoßen, vor aller Oeffentlichkeit auf die Finger klopfen und schließlich sogar ihre Wiederwahl widerraten. Wenn sie weiterhin dazu übergeht, die Parteien derjenigen Beamtenordneten, die in ihrer parlamentarischen Arbeit stark die Interessen der Beamtenschaft im Sinne der Organisationsbeschlüsse vertreten, ideell und materiell zu unterstützen, so wird die Arbeit des Parlaments für die Organisationsforderungen sehr bald zu spüren sein. Eine solche Uebung widerspräche durchaus nicht der parteipolitischen Neutralität der Beamtenorganisation, da sie ja unbeschadet der Parteirichtung Unterstützung und Anerkennung nur dorthin gibt, wo wirklich in ihrem Sinne gearbeitet wird. Andererseits kann freilich nicht jeder Beamtenparlamentarier alle Beschlüsse seiner Spitzenorganisation in der Fraktion und im Ausschuß durchsetzen, auch wenn er den besten Willen dazu hat. Man wird aber wohl erkennen können, wo noch erträgliche Kompromisse geschlossen werden mußten, oder wo von vornherein die eigne Meinung des Abgeordneten völlig andere Bahnen wandelte.

Wäre man schon bisher diesen von mir schon mehrfach gegebenen Anregungen gefolgt, dann wäre es m. E. unmöglich gewesen, daß das Beamtenvertretungsgesetz noch nicht verabschiedet ist und daß man sich über seine wesentlichsten Punkte völlig uneinig war. Dann würde auch heute kein Finanzminister es wagen, angesichts der ungeheuren Notlage der Beamtenschaft deren Forderungen einfach unbeantwortet zu lassen. Dann hätten auch die Beamtenabgeordneten der Regierungsparteien bereits einen derartig starken Druck auf ihre Fraktionen ausgeübt, daß sie es nicht wagen würden, die Versprechungen nicht zu erfüllen, die sie im Wahlkampfe gemacht haben.

Wenn wir, meine Damen und Herren, hier auch als Politiker zusammengekommen sind, dann sind wir doch auch mit der ganzen Liebe unseres Herzens Führer unserer Beamtenschaft und als solche ist es unsere Aufgabe, alles zu tun, um ihr Ansehen im Volk zu fördern, ihre Wünsche zur Erfüllung zu bringen. Ich bitte Sie, mit mir im Sinne meiner Ausführungen auf die Beamtenschaft einzuwirken und so die Theorie zur Tat werden lassend, dem Berufsbeamtentum zu dienen, aber auch dem neuen Deutschland, dem unser Herzblut gehört. (Lebhafter Beifall.)

Politische Notizen.

Das Reichsschulgesetz und die Volksschullehrer.

In Kreisen der deutschen Volksschullehrer ist eine lebhafte Mißstimmung dadurch entstanden, daß die Reichsregierung bei den vorbereitenden Arbeiten für das Reichsschulgesetz es bisher nicht für nötig gehalten hat, diejenigen Kreise zu hören, die an dem Reichsschulgesetz in erster Linie interessiert sind, nämlich die Volksschullehrer. Es ist ein Unding, für die Volksschule und für die Volksschullehrer, dieses wichtige Gesetz in den Reichstag zu bringen, ohne sich vorher mit der Organisation der Volksschullehrer in Verbindung gesetzt zu haben. Bei Gesetzen steuerlicher und wirtschaftlicher Art beeilt sich die Rechtsregierung, die Syndici immer vorher um ihre Meinung zu fragen, aber bei Gesetzen von so schwerwiegender kulturpolitischer Art wie das Reichsschulgesetz glaubt man anscheinend auf den Rat der Fachleute verzichten zu können.

*

Bauernsieg in Ostpreußen.

Der ostpreußische Bauernbund hat bei den kürzlich stattgefundenen Wahlen zur Landwirtschaftskammer gegen den Landbund 13 Sitze errungen. Er zählt mit seinen 9 Kammermitgliedern aus den vorletzten Wahlen nun insgesamt 22 Bauernbündler unter 76 Kammermitgliedern.

*

Zollexperimente und Volksernährung.

„Die Deutsche Feinkost“, das Organ des Reichsverbandes deutscher Feinkost-Kaufleute, steht zwar der mäßigen Erhöhung einer Reihe von Agrarzöllen nicht prinzipiell abwesend gegenüber, sie bemerkt aber im Hinblick auf die jüngste Zollvorlage der Regierung: „Niemand darf sich nun etwa dem Wahn hingeben, nach Einführ der geplanten erhöhten Zölle auf ausländische Agrar. dukte werde die deutsche Landwirtschaft imstande sein, deutsche Volk aus Ernten eigener Scholle zu ernähren. glauben auf einige Jahre hinaus noch an keinen me ren Fortschritt in dieser Richtung.“ Weiterhin schreibt Fachblatt: „Noch ist ja nicht damit zu rechnen, daß d gewaltige Steigerung der deutschen Ausfuhr die pa deutsche Handelsbilanz dauernd aktiv werde. Dennoch das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden. keine unerträglichen Zollerhöhungen für solche Lebe mittel, die das Volk zum Leben braucht ‚die ausreich aber die heimische Landwirtschaft nicht auf die Tafel d schen Lebens setzen kann Das Volk muß ernährt werd naturgemäß einfach, aber es muß ernährt werden. Es keine neue Riesenteuerung über das Land gehen.

*

Ein völkisches Radaublättchen verboten.

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat Grund des § 21 des Gesetzes zum Schutze der Republik in Breslau wöchentlich erscheinende völkische „S sische Volksstimme“ auf die Dauer von sechs Wochen boten.

*

Er kennt sich aus.

In der deutschnationalen München-Augsbu Abendzeitung steht zu lesen:

„Der Staat hat in Württemberg und Sac gezeigt, daß es ihm ohne Schwierigkeiten möglich über die Regelung kirchlicher Verhältnisse sich mit Bischöfen der katholischen Kirche zu einigen ohne K kordat. Das bayerische Konkordat hat die Rechte Staates derart preisgegeben, wie keines der seit mit anderen Staaten abgeschlossenen Konkordate. nem Beispiel zu folgen, wäre für das Reich Preußen ein Verhängnis. Der dankenswerte such der deutschnationalen bayerischen Koalitions tei, die bedenklichen Folgen dieses Konkordats gesetzliche Erklärungen außerhalb des Konkordats zuschwächen, war nur von halbem Erfolge begle Der Staat hat im konfessionell gespaltenen Deu land die sittliche Pflicht, um der Volksgemeins willen darüber zu wachen, daß der Unterricht in Schule (auch in ihrem Religionsunterricht) nicht einer Verschärfung konfessioneller Leidenschaften re. Darum ist die Schule eine Sache des Staat

Der so schreibt, ist der deutschnationale Pfarrer Traub, also ein hervorragendes Mitglied der glei Partei, die jetzt in erster Linie dem Zentrum zum Re schulgesetz und zum Konkordat verhelfen soll und verhe will. Weiter ist nichts hinzuzufügen.

*

Der Kampf um die badische Simultanschule.

Aus Baden schreibt man uns:

Einen für das kommende Reichsschulgesetz bedeuten und für das Schicksal der badischen Simultanschule scheidenden Antrag hat der Badische Landtag in se Sitzung vom 1. Juli angenommen. Im Anschluß an Förmliche Anfrage der Volkspartei über die Stellung Badischen Regierung zum Reichsschulgesetz wurde im H haltausschuß ein Antrag formuliert, der im ersten A einem Antrag der Volkspartei, im zweiten Teil ei Antrag der demokratischen Fraktion entnommen ist. mit 37 gegen 31 Stimmen und ohne Stimmenthalt bei namentlicher Abstimmung angenommene Antrag Schutz der badischen Simultanschule lautet:

Die Regierung wird ersucht, bei der Erledigung Reichsschulgesetzes bei der Reichsregierung und im Rei rat darauf hinzuwirken, daß

1. die Erhaltung der jetzigen badischen christlichen multanschule im Reichsschulgesetz gesichert wird,
2. wenn dies nicht erreichbar ist, das Reichsschulg den Ländern, in denen eine nach Bekenntnissen getrennte Schule gesetzlich besteht, die Entscheid über die Beibehaltung dieser Schule überläßt.

Dagegen stimmten nur das Zentrum und aus anderen Gründen die Kommunisten Das Zentrum st also bei dieser Abstimmung wie bei allen früheren stimmungen in dieser Frage ganz allein. Sehr erfreu ist, daß auch die bürgerliche Rechte, dessen Führer Kirchenrat Mayer in der Debatte erklärt hatte, daß die Konfessionsschule vielerorts garnicht bewährt ha auf Grund ihrer badischen Erfahrungen geschlossen für Erhaltung der Badischen Simultanschule eingetreten i

Nachdem jetzt schon durchgedrungen ist, daß das k mende Reichsschulgesetz den Ländern in der Durchführ weitgehende Freiheit lassen will, ist es selbstverständ Pflicht des Reiches, den Ländern, die schon bisher eine meinsame Schule hatten, volle Entscheidung über Schule zu belassen. Wenn es dahin käme, daß entge der Reichsverfassung nicht nur die in Artikel 146 I vo sehene Gemeinschaftsschule mit den konfessionellen weltlichen Schulen gleichgestellt würde, sondern daß s die in Baden, Hessen und Hessen-Nassau bestehenden multanschulen durch zwangsweise Einführung des Elt rechts durchlöchert oder zertrümmert würden, so bedeu dies einen Triumph der Reaktion. Nur die Gewäh vollster Entscheidungsfreiheit kann den Simultanschul dern den Schulfrieden retten nach Artikel 174 der Rei verfassung. Darauf wird das zu erwartende Reichssc gesetz unter allen Umständen bedacht sein müssen.

*

Einer, der die Nase voll hat.

Der frühere verantwortliche Redakteur des „D schen Tageblattes“, Dr. Julius Lippert, hatte sich der Berufungsinstanz wegen der bekannten Angriffe völkischen Abg. Gieseler gegen den Volkswohlfahrtsmini Hirtsiefer zu verantworten, die er in beleidigender Fo wiedergegeben hatte. Als Lippert eine weitgehende Erk erklärung für Hirtsiefer abgegeben, zogen alle Beteili

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270709-18/fragment/page=0002

gegen das erste Urteil eingelegte Berufung zurück, so ß die Geldstrafe von 2000 M der ersten Instanz bestät- t wurde. Am Tage vorher stand Lippert wegen Ver- hens gegen das Republikschutzgesetz vor Gericht, doch rde er zu einer verhältnismäßig milden Geldstrafe ver- teilt, nachdem er erklärt hatte, **daß er mit seiner politi- en Laufbahn Schluß machen wolle.**

Parteinachrichten

Einheitsstaatsproblem und Deutsche Demokratie

Der Ausschuß für das Problem Einheitsstaat der in letzten Sitzung des Vorstandes der Deutschen Demokra- hen Partei gewählt wurde, hielt an diesem Montag, den Juli, seine erste Sitzung ab. Bei der Konstituierung Ausschusses wurde Reichsminister a. D. Koch, dessen eutsames Referat über die Frage des Unitarismus auf Hamburger Parteitag der Demokraten noch in aller nnerung ist, zum Vorsitzenden bestellt. Der Ausschuß prach dann die einzelnen Arbeitsgebiete und wies sie Mitgliedern für Referat in den folgenden Sitzungen

Demokratische Herbstschulen 1927.

Gummersbach.

1. bis 4. September 1927.

Leitung: Prof. Dr. Goldschmidt-Köln.

Gesamtthema: Die soziale Schichtung.

. Reichstagsabgeordneter Schneider: Die sozialen Umwälzungen durch Krieg, Revolution und Inflation.
Prof. Dr. Goldschmidt-Köln: Die Bedeutung der sozialen Schichtung für Staat und Kultur.

. Landtagsabg. Hourtz: Der städtische Mittelstand zwischen Großunternehmen und Arbeiterschaft.
Landtagsabg. Meincke: Der bäuerliche Mittelstand und sein Verhältnis zum Großgrundbesitz vor und nach dem Kriege.

. Reichstagsabg. Prof. Dr. Bergsträßer: Die Parteien und die soziale Schichtung.

. Ausflug.

Hildesheim.

28. September bis 1. Oktober.

Leitung: Prof. D. Rade-Marburg.

Gesamtthema: Grundlagen der Demokratie.

. Empfangstag.

. Prof. D. Rade-Marburg: Die geistigen und religiösen Grundlagen der Demokratie.

. Frau Ministerialrat Reichstagsabg. Dr. Bäumer: Humanismus und Idealismus als Träger der Demokratie des 19. Jahrhunderts.

. Dr. Rauecker-Berlin: Demokratie und die modernen Probleme der Sozialwirtschaft.

Bad Oybin bei Zittau.

1. bis 4. Oktober 1927.

Leitung: Minister a. D. Dr. Külz.

Gesamtthema: Minderheitenpolitik.

) Empfangstag.

Reichstagsabg. Minister a. D. Dr. Külz: Versailles und die Minderheiten.

Hauptgeschäftsführer Stephan: Die Bedeutung des Auslandsdeutschtums.

. Reichstagsabg. Dr. Heuß: Die Minderheiten als Kulturproblem.

. Reichstagsabg. Freiherr von Richthofen: Praktische Minderheitenpolitik.

Die genaue Bekanntgabe, auch der mit den Herbstschu- verbundenen geselligen Veranstaltungen, geschieht Prospekte, ebenso Mitteilung über Unterbringung, flegung usw. Anmeldungen sind jetzt an den Kul- sschuß der D. D. P., Berlin SW 11, Bernburger ße 18, erbeten.

Bezirk Magdeburg.

Veranstaltungen der Deutschen Demokratischen Partei, Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsführender Ausschuß: Während der Ferien die Sitzungen aus.

Stammtisch: Dienstag, den 12. Juli, abends 8 Uhr „Weißer Bär", Weinfaßstraße 6. Der Stammtisch auch während der Ferien. Starke Beteiligung er- ht.

Die Deutsche Demokratische Partei hielt eine Be- versammlung ab, in der Rektor Schmidt über den ichsbeamtentag einen Bericht gab. Aus den Rede- führte er zusammenfassend die Forderungen der Ta- aus: Erhaltung des Berufsbeamtentums, Ausgestal- des Beamtenrechts, die Junglehrerfrage, die eine An- nheit des Reiches und der Länder sei. Anschließend t ging der Redner auf die Besoldungsreform ein und er Befürchtung Ausdruck, daß unter Umständen die tenbesoldung angesichts der politischen Situation eppt werden könne. Es sei bedauerlich, daß die Re- g eine Aenderung des Gruppensystems herbeizu- versuche, hierin liege eine wirtschaftliche Schädi- der Beamtenschaft. Mit allem Nachdruck müsse eine unigte Neuregelung des von der Reichsregierung in ff genommenen Beamtengesetzes herbeigeführt wer- Dieses Gesetz müsse Rechtswirksamkeit auf alle Be- gruppen erlangen, insbesondere auf die Beamten nder und Gemeinden, der Reichsbahn, Post, Polizei r Lehrer. Angesichts der ungeheuren Not der Be- schaft müßte man schon jetzt namhafte Zahlungen n lassen. Eine lebhafte Aussprache schloß sich den rungen an, und in einer Resolution an die demo- en Fraktionen im Reichstag und Landtag wurde rt, daß die kommende Besoldungsregelung sich nur im Ausbau des Besoldungssystems von 1920 auswirkt, wobei die „Freie Bahn dem Tüchtigen" gewährleistet bleiben muß, jedoch nicht etwa wie bisher durch Auseinanderziehung einer an sich zusammengehörenden Beamtengruppe. Im Anschluß hieran schritt man zur Wahl der Beamtenausschüsse der einzelnen Verwaltungen u. a. Post, Reichsbahn, Finanz, Justiz, Polizei, Kommunalverwaltung, Regierung und Oberpräsidium, sowie für die Schulen; und bestellte für jede Verwaltung einen Obmann. Die Ausschüsse tagen nach Bedarf. In einer Vollsitzung, die nach den Ferien stattfindet, soll ein Arbeitsprogramm vorgelegt werden. Mit Worten des Dankes für die übernommenen Verpflichtungen schloß Rektor Schmidt die gut verlaufene Versammlung.

Unlautere Mitgliederwerbung.

Als im Frühjahr die Deutsche Demokratische Partei bei den ihr gemeldeten demokratischen Wählern um Eintritt in die Deutsche Demokratische Partei ersuchte, hat sich die hiesige deutschnationale **Tageszeitung** furchtbar aufgeregt. Der Deutschen Demokratischen Partei und besonders ihrem Sekretär hat man quasi unlautere Mitgliederwerbung zum Vorwurf gemacht.

Die Deutschnationalen treiben wirklich eine unlautere Mitgliederwerbung, denn uns sind Fälle bekannt, wo man ganz wahllos Beamte in die Mitgliederliste der Deutschnationalen Volkspartei eingetragen hat. Uns ist auch ferner bekannt, daß man ganz besonders bei den Rentnern und Sparern in einem Anschreiben auf die **hervorragende** (?) Tätigkeit der Deutschnationalen im Reichstag verwies und den Eintritt in die Deutschnationale Volkspartei empfahl mit dem Vermerken, „falls Sie nicht innerhalb 8 Tagen widersprechen, werden wir Sie als Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei führen". Auf eine recht eigenartige Methode der Deutschnationalen Volkspartei macht die „Trierische Landeszeitung", ein Zentrumsorgan, aufmerksam. Die Deutschnationalen versenden ein Werbeschreiben, in dem es am Schlusse heißt:

„Das gesteckte Ziel muß erreicht werden, wenn wir die im kommenden Jahre stattfindenden Wahlen mit Erfolg bestehen wollen. An diesem Erfolg soll jeder persönlich Anteil haben, wenn er sich in unsere Listen, die streng vertraulich geführt (im Original handschriftlich unterstrichen), eintragen läßt und sich verpflichtet, einen bestimmten Beitrag vierteljährlich zu zahlen. **Falls innerhalb 8 Tagen kein gegenteiliger Bescheid bei unserer Geschäftsstelle eintrifft, halten wir Sie mit obigen Ausführungen einverstanden und werden Sie in unseren Listen führen".**

Wie das genannte Zentrums-Organ mitteilt, sind solche Schreiben auch an Persönlichkeiten versandt worden, „die nie aus ihrer Zentrumsgesinnung ein Hehl gemacht haben und eingeschriebene Mitglieder der Zentrumspartei sind." Anscheinend ist das Zirkular also **wahllos** an alle möglichen Kreise versandt worden, weil man durch eine Art Zwangsmitgliedschaft die zusammenschrumpfende Mitgliederzahl erhöhen will.

Man kann sicherlich einer Partei keinen Vorwurf daraus machen, wenn sie sich an ihre Wähler wendet und sie zum Eintritt in die Organisation ersucht. In diesem Falle muß es sich um einen wirklich ausgesuchten Kreis von Personen handeln, die mindestens der werbenden Partei nahestehen, wie es beispielsweise die Deutsche Demokratische Partei, Ortsgruppe Magdeburg, getan hat. Gewiß kann dabei auch ein Mißgriff vorkommen. Uns sind Fälle bekannt, wo deutschnationale Parteigänger sich bei demokratischen Geschäftsleuten als Demokraten empfohlen haben. Wenn dann ein solcher **Geschäftsdemokrat** belästigt wird, darf es die deutschnationale Presse nicht wundernehmen. Es hat alles seine Ursache.

Magdeburgs jüngster Stadtrat.

In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde als Nachfolger für den jetzigen Oberbürgermeister von Brandenburg Dr. Fresdorf Dr. Heuer aus Essen zum besoldeten Stadtrat gewählt. Stadtrat Heuer wurde im Jahre 1897 in Kiel geboren, besuchte dort das Reform-Realgymnasium, das er mit dem Zeugnis der Reife im Juni 1915 verließ. Nach Abschluß des Studiums der Rechtswissenschafts- und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Kiel und München bestand er im Oktober 1919 am Oberlandesgericht in Kiel das Referendarexamen. Im Okt. 1920 promovierte er an der juristischen Fakultät der Universität Hamburg auf Grund einer Arbeit „Die geschichtliche Entwicklung der Fürsorgeerziehung in Deutschland mit Einschluß von Oesterreich und ihre Beziehung zum Strafrecht." Im Frühjahr 1920 ging Dr. Heuer an die Technische Hochschule nach Aachen, wo er zwei Semester als volkswirtschaftlicher Assistent tätig war. Seine Ernennung zum Referendar erfolgte im März 1921. Die Assessorprüfung legte er im August 1924 ab. Anfang November 1924 ging er nach Altona, wo in enger Verbindung mit dem Magistrat ein Werbeausschuß für ein größeres Altona gebildet war, zu dessen Geschäftsführer er bestellt wurde. Im März 1925 erfolgte seine Wahl als Kreissyndikus des Landkreises Essen. Als Dezernent für den Kreiskommunalverband Essen verwaltete er bis zu seiner Wahl zum Stadtrat in Magdeburg die gesamten Wohlfahrtsangelegenheiten mit Einschluß des Jugendamtes und der Erwerbslosenfürsorge.

Bürgermeister Paul Vorsitzender im Giroverband. In der am 7. Juli stattgefundenen Verbandsversammlung des Sparkassen- und Giroverbandes der Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt wurde Bürgermeister Paul (Magdeburg) zum hauptamtlichen Verbandsvorsitzenden gewählt.

Ehrung. Fabrikbesitzer Adolf Ergang, Magdeburg, Große Diesdorfer Straße 20, wurde vor Rektor und Senat der Technischen Hochschule in Hannover in Anerkennung seiner besonderen Verdienste um die Anstalt zum Ehrenbürger ernannt.

Alfred Schwarz †.

Durch Tod haben wir unser langjähriges Mitglied, Kaufmann Alfred Schwarz, früherer Inhaber der Firma Lublin, im Alter von 70 Jahren verloren. Der Verstorbene gehörte viele Jahre dem Vorstand der Freisinnigen bezw. der Fortschrittlichen Volkspartei an und hat sich nach Bildung der Deutschen Demokratischen Partei derselben sofort angeschlossen. Wir werden dem Verstorbenen ein dauerndes Andenken bewahren.

Streiflichter aus dem Stadtparlament. In der letzten Nummer ist im Bericht über den Verlauf der Stadtverordnetenversammlung ein Druckfehler unterlaufen. Der Sprecher der demokratischen Fraktion heißt nicht Müller, sondern **Schüler.**

Demokraten, denkt an die Verfassungsfeier am Donnerstag, den 11. August, in den Räumen des „Hohenzollernparkes". **Denkt vor allen Dingen an die Tombola.** Wir bitten alle, die dazu in der Lage sind, am eine Stiftung. Mitteilungen bitten wir an die Geschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Breiter Weg 139/140, schriftlich oder unter Fernruf 8095 zu richten.

Gasfernversorgung im mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet?

Der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen hat beschlossen, sich an folgenden Unternehmen der Gasfernversorgung in Mitteldeutschland zu beteiligen:

a) an einem Großgaswerk in Erfurt, das mit einem Kapital von 1 Million gegründet werden soll. Es sind beteiligt:

die Stadt Erfurt mit 60 Prozent, die Thüringer Gasgesellschaft mit 30 Proz., die A. G. Thüringer Werke und die **Provinz Sachsen mit je 10 Proz.,**

b) an einem zu gründenden Gasfernunternehmen (Kapital ½ Million). Es sind beteiligt:

Das Großgaswerk Erfurt mit 50 Prozent, die A. G. Thüringer Werke mit 30 Proz., die Thüringer Gasgesellschaft und die **Provinz Sachsen mit je 10 Prozent.**

Die Frage des Gasfernunternehmens vom Mühlhäuser Gaswerk aus unterliegt weiterer Prüfung.

Oschersleben / Bode. Die Ortsgruppe der Deutschen Demokratischen Partei veranstaltete am 2. Juli einen geselligen Abend, zu dem Parteisekretär Bitz-Halberstadt und Medizinalrat Dr. Mathias M. d. L., Bernburg, erschienen waren. Nach kurzer Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden Dr. Ritter führte Abgeordneter Dr. Mathias etwa folgendes aus: Wenn wir uns heute in der Welt umsehen, so können wir feststellen, daß der demokratische Gedanke überall marschiert, und daß in den noch bestehenden Monarchien die Herrscher rechtzeitig den Volksströmungen Rechnung getragen haben, wie z. B. in England und den nordischen Staaten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland vor dem Kriege waren gut. In sozialer Beziehung hoben sich 3 Stände scharf voneinander ab: der feudale Adel, dessen Angehörige sich allein zur Besetzung der höchsten Stellen in Heer und Verwaltung berufen fühlten; das Bürgertum, das sich um die Erhaltung seiner Existenz sehr mühen mußte und nicht aus seinen 4 Wänden herauskam; und drittens die Arbeiter, die, durch die Ideen eines Marx' und Lasalles begeistert, ihre soziale Stellung nach jeder Richtung zu verbessern suchten. Diese Stände schlossen sich, sehr zum Nachteile unseres Vaterlandes, hermetisch voneinander ab. In kulturellen Fragen zeigte sich eine allgemeine Verflachung, die sich aber auch in anderen Ländern bemerkbar machte. Es genügte ja auch dem feudalen Adel, daß der biedere Bürger rechnen, schreiben und lesen konnte, mehr war nicht nötig. Zu Beginn des Krieges schienen sich die sozialen Unterschiede etwas ausgeglichen zu haben, brachen dann aber durch die Länge des Krieges mit elementarer Gewalt wieder durch und waren zu einem großen Teile mit die Ursache des Zusammenbruchs im Jahre 1918. Welche Aufgaben haben wir nun für die Zukunft zu erfüllen. Wir müssen einen wahren Volksstaat aufbauen, wozu es notwendig ist, daß wir die Allgemeinbildung der breiten Massen heben, um denkende Staatsbürger zu haben, die verantwortungsbewußt an der Gestaltung der Geschicke unseres Vaterlandes mitarbeiten. Die Simultanschule erachten wir als ein Ideal, sehr geeignet, die Klassengegensätze auszugleichen. Allen Religionen stehen wir neutral gegenüber. In wirtschaftlicher und sozialer Beziehung erstreben wir für jeden Staatsbürger ein ausreichendes Existenzminimum, seine Achtung als Mensch und ein rechtliches und freies Dasein. Keine Freiheit der Willkür, sondern eine Freiheit, getragen von hohem und sittlichem Ernst. Diese hohen Ziele sind wert, von jedem mit dem Einsatz seiner ganzen Kraft und Persönlichkeit erkämpft zu werden. Nicht dadurch, daß man versucht, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen, dienen wir dem notwendigen Aufbau unseres Vaterlandes, sondern durch feste und treue Mitarbeit unter Anerkennung der heutigen Verhältnisse. Mit einem Hoch auf unser geliebtes Vaterland schloß der Redner, und die Anwesenden sangen stehend 2 Verse des Deutschlandliedes. Starker Beifall belohnte den Redner für seine überzeugenden Ausführungen, für die ihm auch der 1. Vorsitzende den Dank der Ortsgruppe aussprach. — Nach dem Vortrage kam dann die Gemütlichkeit in ergiebigem Maße zu Wort. Musik- und Gesangsvorträge, Deklamationen ernsterer und heiterer Art, Scherztänze und dergl. mehr sorgten für die entsprechende Unterhaltung. Die Zeit verging eigentlich zu schnell und man trennte sich in früher Morgenstunde mit dem Wunsche, bald etwas Aehnliches wieder zu veranstalten.

Wer hat bezahlt?

Eingegangene Gelder: W. M.-Aken 4 M; C. C.-Aschersleben 8 M; O. N.-Gr.-Mühlingen 2 M; P. F.-Burg 5,25 M; O. P.-Wedringen 1,95 M; St. M.-Dessau 5,20 M; F. M.-Hoffmungsthal 4,05 M; P. A.-Ferchland 12 M; Dr. B.-Genthin 6,40 M.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270709-18/fragment/page=0003

Wirtschaftliches

Die Zahl der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches.

Nach der soeben vom Reichsfinanzminister veröffentlichten Statistik über den Personalstand nach dem Stand vom 1. April 1927 betrug bei den Hoheitsverwaltungen des Reiches an diesem Termin die Zahl der Beamten 95 127 (1. Oktober 1926: 96 175), der Angestellten 26 624 (20 916), der Arbeiter 45 303 (49 632); bei der Deutschen Reichspost einschließlich der Reichsdruckerei gab es am 1. April d. J. 250 685 (252 093) Beamte, 2175 (1353) Angestellte und 42 570 (39 903) Arbeiter. Während also die Zahl der Beamten in beiden Kategorien zurückgegangen ist, haben sich die Angestellten bei den Hoheitsverwaltungen um 5708, bei der Reichspost um 822 vermehrt, was die Arbeiter anlangt, so ist bei den Hoheitsverwaltungen eine Verminderung um nicht weniger als 4329 eingetreten, bei der Reichspost eine Vermehrung um 2667 Personen. Das Mehr an Angestellten bei den Hoheitsverwaltungen des Reiches entfällt fast ausschließlich (mit 5166) auf das Reichsfinanzministerium, wo sich die Arbeiten ganz besonders häuften infolge der Durchführung des Reichsbewertungsgesetzes, sowie von Lohnsteuererstattungen, die in den ersten Monaten des Jahres 1927 vorzunehmen waren. Besonderes Interesse verdient noch der Personalstand der weiblichen Beamten und Angestellten. Es gab am 1. April d. J. bei den Hoheitsverwaltungen 441 Beamte und 8318 Angestellte weiblichen Geschlechts, bei der Reichspost 44 989 weibliche Beamte und 1237 weibliche Angestellte. Ueberall ist durchweg nicht nur seit 1923 der Abbau auch hier streng durchgeführt worden (selbst seit dem 1. Oktobr. 1926 ist die Zahl der weiblichen Beamten noch etwas zurückgegangen, während allerdings die Zahl der weiblichen Angestellten gewachsen ist), sondern es ist auch von den Behörden auf die Dienste der verheirateten Frauen in großem Umfange verzichtet worden. Am 1. Oktober 1923 beispielsweise waren unter den 60 084 weiblichen Beamten der Reichspost 2718 Verheiratete, am 1. April 1927 waren es unter 44 989 nur noch 268. Aehnlich liegen die Verhältnisse auch sonst. Unter den zurzeit beschäftigten 1237 weiblichen Angestellten der Reichspost befindet sich sogar keine Verheiratete, unter den 8318 weiblichen Angestellten der Hoheitsverwaltungen sind nur 150, unter den 441 weiblichen Beamten nur 14 Verheiratete.

*

Die „Märkische Bauernschaft".

Am 26. Juni erfolgte in Berlin für die Provinz Brandenburg die Gründung der „Märkischen Bauernschaft" mit dem Ziele der wirtschaftlichen und kulturellen Förderung des märkischen Bauernstandes. Die Stellung zu den politischen Parteien soll von dem Verhalten derselben gegenüber den Forderungen der Bauernschaft abhängig gemacht und bei Wahlen zum Ausdruck gebracht werden. Vorstands- und sonstige Ehrenämter werden nur durch Bauern verwaltet. Die neue Organisation schließt sich der „Deutschen Bauernschaft" an.

Bei unregelmäßiger Post-Bestellung
beschwere man sich stets bei dem zuständigen Postamt, auch dann, wenn dem Leser unsere Zeitung durch den Verlag überwiesen wird.

Notstandsaktion.

Wie die Landwirtschaftskammer Halle mitteilt, aus Anlaß der im Frühjahr 1927 entstandenen **wasserschäden** eine staatliche **Notstandsaktion** eingel Mit der Durchführung ist der Herr Oberpräsident als missar beauftragt. Für die beteiligten Kreise der F rungsbezirke Magdeburg und Merseburg hat der Oberpräsident im Benehmen mit den Herren Regier präsidenten die Durchführung der angeordneten Nots aktion veranlaßt und insbesondere darauf hingew daß für beschleunigte Durchführung der Aktion zu s ist.

*

Minister Koch und sein Kaiser.

Wie sich die Deutschnationalen um ihren Mona nus herumwinden, ist schon kurios. Ihr Minister kam zu einer Veranstaltung, wo ein Pastor mit den ten schloß: **„Ein Volk, ein Reich, ein Kaiser".** Die gelegenheit wird diskutiert. Was wird Herr Marx sagen? Aber Herr Koch hat eine Ausrede. Er ist bei der Veranstaltung erschienen, als der Pastor be dem Volk den Kaiser wiedergegeben hatte. Herr Koch leugnet seinen Kaiser. Wenn jeder solcher Verleug ein Hahnschrei folgen würde, müßte man täglich in D früh aufstehen.

Briefkasten

Aschersleben. Mitteilungen für die Zeitung d nur auf einer Seite beschrieben werden.

An mehrere! Ich gehe in diesen Tagen auf kurze in Ferien. Alles Aufschiebbare bitte ich bis Ende zurückzustellen. L.

Saison-Ausverkauf

Damen-Mäntel	20.—	18.—	14.-	Wasch-Mousselin	1.05	—.65	—.60 -.35
Backfisch-Mäntel	21.—	18.—	14.-	Woll-Mousselin	3.10	2.70	1.65
Backfisch-Kleider	14.50		13.50	Voile, gemustert	2.75	1.25	-.95
Herren-Anzüge	48.—	41.—	37.— 28.-	Zephir	—.75	—.65	-.35
Burschen-Anzüge	31.50	29.50	22.-	Perkal		—.90	-.68
Loden-Mäntel	27.—	17.50	15.95	Kunstseide, kariert		1.40	-.95
Gummi-Mäntel	32.—	28.—	17.50	Waschseide, gebl.	1.85	1.40	1.25 1.10

Sämtl. Schuhwaren bedeutend billiger

Konsumverein für Magdeburg und Umgebung
Jacobstraße 42 Jacobstraße 42

Die „Kavauma
Magdeburgs Mittelstandskrankenkasse
bietet
Kaufleuten, Handwerkern, Beamten, werbetreibenden, Landwirten, allen fre Berufen und Angestellten
den sichersten Schutz
gegen Rückschläge durch Krankhe
die beste Familienhilfe!
Aerztliche Behandlung als Privatpatie
Niedrige Beiträge! Höchste Leistung
Aufnahmealter bis 65 Jahre!
Erholungsheime an d. See u. im Gebi
„Kavauma"
Krankenkasse des Kaufmännischen Vereins
Gegründet 1899 zu Magdebu
Hauptgeschäftsstelle Spiegelbrücke 13, T. 757 u. 2
Wilhelmstadt, Gr. Diesdorfer Straße 24, T. 10
Neue Neustadt, Nikolaistraße 6, Telephon
Schönebeck, Kronprinzenstraße 1, Telephon 2
Gommern, Breitestraße 59.

Inserieren bringt Gewinn!

Festspiele
im
Harzer Bergtheater Thale
Grüne Bühne
Direktion: Erich Pabst
Eröffnung a. Sonnabend b. 9. Juli:
Die Nibelungen.
1. und 2. Teil: 16½ Uhr
3. Teil: 19½ Uhr
Sonntag den 10. Juli, nachmittags und abends: Die Nibelungen.
Montag den 11. Juli, nachmittags und abends: Die Nibelungen.
Dienstag den 12. Juli, nachmittags und abends: Die Nibelungen.
Mittwoch den 13. Juli, nachmittags und abends: Die Nibelungen.
Donnerstag den 14. Juli, nachm. und abends: Die Nibelungen.
Freitag den 15. Juli, nachmittags und abends: Die Nibelungen.
Sonnabend den 16. Juli, nachm. und abends: Viel Lärm um nichts.
Sonntag den 17. Juli, nachmittags 16½ Uhr: Viel Lärm um nichts.

Parkrestaurant Vogelgesang
Täglich Konzert.
Der **Rosengarten** steht in **voller Blüte.**

Abfahrtsstelle: Petriförder (Herrenkr.-Wartehalle)
Abfahrtsstelle: Petriförder (Herrenkr.-Wartehalle)
Personendampfer-Verkehr
Magdeburg-Hohenwarthe-Niegripp
Sonntags:
Vormittags . . . . 7, 8 und 10 Uhr Nachmittags . . . . 2, 3 und 4 Uhr
Rückfahrt . . . . 9, 10 und 12 Uhr Nachmittags . . . . 6, 7 und 8 Uhr
bis **Niegripp:** Vormittags 7 Uhr, nachmittags 2 Uhr
Wochentags täglich bis **Hohenwarthe:** Vorm. 8 Uhr, nachm. 2 Uhr
Montags, Mittwochs und Sonnabends bis **Niegripp:**
Vormittags . . . . 8 Uhr Nachmittags . . . . 2 Uhr
Aenderungen vorbehalten!
Otto Krietsch, Schiffahrtsgeschäft
Werftstraße 34. Telefon 321.

Hotel u. Restaurant
„Weißer Bär"
Bes. **Ad. Thürnagel.**

Billigste Bezugsquelle
für Schuhwaren
B. Wolff's Gelegenheitskäufe
Schwertfegerstraße 14/15.

Werbt neue Abonnenten!

Möbeltransport und Wohnungstausch
Hermann Wolff
Schöneckstr. 5 · Telefon 6025
Reelle Bedienung
Wirksame Reklame

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Konsumverein
für Magdeburg und Umgegend E. G. m. b. H.
Da nach dem neuen Statut unser Geschäftsjahr mit dem 30. Juni schließt, ersuchen wir unsre verehrten Mitglieder, ihre Gegenmarken bis zum Donnerstag den 14. Juli 1927 in den Lagern zur Ablieferung zu bringen, in welchen sie ihre Waren beziehen.
Um eine schnelle Abfertigung zu ermöglichen, bitten wir, Namen und Nummer des Mitgliedsbuches sowie die Summe der abgelieferten Marken auf dem Kopfe der Markenkarte zu vermerken.
Der Vorstand.

Wir fertig
Druc
sach
für jeden B
schnellsten
Buchdruck
Hugo Alp
Delitzs
Fernruf 4

Inserier
bringt
Erf

D. D.
Fernspre
809

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270709-18/fragment/page=0004

Beilage zum „Politischen Wegweiser“

Nummer 28 | 2. Blatt | Halle (S.), den 9. Juli 1927 | 3. Jahrgang

Die Steuergesetzentwürfe der Reichsregierung.

Die neuen Steuergesetzentwürfe des Reichsfinanzmi-
nisteriums gliedern sich nach der Mitteilung des „Demo-
ratischen Zeitungsdienstes“ in drei Gesetzentwürfe: das
Gebäudeentschuldungssteuergesetz, das Gewerbesteuerrah-
mengesetz und das Grundsteuerrahmengesetz. Das Reichs-
abinett hat sich mit diesen Entwürfen bereits zweimal
efaßt, eine endgültige Entscheidung aber noch nicht ge-
ällt. Von seiten des Reichsfinanzministeriums ist über
iese Gesetzentwürfe mit den Organisationen der Wirt-
haft und auch mit den Ländern bereits Fühlung genom-
en worden. Verschiedene Landesregierungen haben je-
och gegen die Entwürfe erhebliche Bedenken geltend ge-
acht.

Nach dem Gebäudeentschuldungssteuergesetzentwurf
nd von dieser Steuer neben den üblichen Steuerbefreiun-
en, befreit: 1. Neubauten oder durch Um und Anbauten
eu geschaffene Gebäudeteile (Räume), wenn der Bau erst
ach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden ist. Es sei
enn, daß die Neubauten, Um- oder Anbauten mit Beihilfe
us öffentlichen Mitteln ausgeführt worden sind; 2. Ein-
amilienhäuser, die vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig ge-
orden sind und zu diesem Zeitpunkt mit nicht mehr als
0 v. H. des Friedenswertes des Steuergegenstandes be-
etzt waren, sofern sie ausschließlich vom Eigentümer und
ssen Familie bewohnt werden und die Wohnfläche nicht
ehr als 90 qm beträgt. Die Freistellung tritt nur auf
ntrag ein; sie wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß das
infamilienhaus zum geringen Teil auf Grund behördlich-
er Maßnahmen vermietet worden ist. Die Landesregie-
ungen können bestimmen, daß die Freistellung nur bei
ner geringeren Wohnfläche eintritt. Die Festsetzung einer
renze von weniger als 70 qm ist unzulässig. Die Wert-
haltungssteuer beträgt jährlich für ein Eigenkapital von
vollen 10 v. H. des Friedenswertes des Steuergegen-
ndes 1½ v. H. der Friedensmiete. Als Friedenswert
s Steuergegenstandes gilt der Wehrbeitragswert, und
e Entschuldungssteuer beträgt jährlich für eine dringliche
ivatrechtliche Belastung des Steuergegenstandes von je
v. H. seines Friedenswertes oder von Bruchteilen dies
Betrages 5. v. H. der Friedensmiete. Für gewerblich
nutzte Gebäude, die regelmäßig während mindestens
ei voller Monate im Jahr nicht benutzt werden, ermä-
igen sich die Steuersätze für den vierten und jeden weite-
n vollen Monat der Nichtbenutzung um je ein Vierund-
anzigstel, im ganzen jedoch nicht mehr als vier Vier-
ugwanzigstel.

Vom 1. Januar 1929 ab ermäßigen sich die Steuersätze
Werterhaltungssteuer und Entschuldungssteuer in je-
n der sechs folgenden Kalenderjahre um je ein Zehntel,
mäßig für den mit dem 1. Januar 1929 beginnenden
eranlagungszeitraum. Der Reichsminister der Finanzen
an mit Zustimmung des Reichsrats die Senkung der
euersätze hinausschieben.

Solange eine gesetzliche Miete festgesetzt wird, gelten
gende besonderen Bestimmungen: 1. die Gebäudeent-
uldungssteuer ist in die gesetzliche Miete einzurechnen;
die Reichsregierung setzt mit Zustimmung des Reichs-
s die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete im Reich ein-
tlich fest; 3. die Landesregierungen werden ermäch-
t, die Mietzinsbildung abweichend von den Vorschriften
Reichsmietengesetzes zu regeln.

In dem Entwurf zum Gewerbesteuerrahmengesetz sind
besonderer Bedeutung die Steuersätze. Es heißt in
Entwurf: „Uebersteigt der Gewerbeertrag nicht den
rag von 10 000 Reichsmark im Jahr, so ist von ihm
Betrag von 1 500 Reichsmark abzuziehen. Uebersteigt
Gewerbekapital nicht den Betrag von 30 000 Reichs-
rk, so ist von ihm ein Betrag von 5 000 Reichsmark
uziehen. Uebersteigt die Lohnsumme nicht den Betrag
150 000 Reichsmark, so ist von ihm ein Betrag von
00 Reichsmark abzuziehen. Für die Berechnung des
pitsteuerbetrages werden der Gewerbeertrag, das Ge-
bekapital und die Lohnsumme auf volle Hundert nach
en abgerundet. Maßgebend sind folgende Hauptsteuer-
: 1. Von den ersten angefangenen oder vollen 2 000
chsmark des Gewerbesteuerertrages 2 v. H., von den
teren angefangenen oder vollen 2 000 Reichsmark des
werbeertrages 4 v. H. Ueber diese Zahl ist vermutlich
keine endgültige Entscheidung getroffen. Es wird
enommen, daß die Staffelung nicht von 2 000 zu 2 000
lgt, sondern daß eine 1 500-Mark-Staffelung eintreten
. Von dem Gewerbekapital beträgt der Hauptsteuer-
ein Drittel v. H. und von der Lohnsumme 2,75 vom
send. Insgesamt besteht nach diesen Zahlen der Ein-
t, daß die Hauptsteuersätze eine schwere Belastung ge-
ber dem Mittelstand bilden und eine Erleichterung
glich für die Großindustrie bringen.

Die Gewerbesteuer wird ebenso wie die Grundsteuer
Steuereinheiten erhoben. Die Länder und Gemein-
bestimmen, welches Vielfache der Steuereinheit (Um-
steuersatz) erhoben wird. Der Umlagesteuersatz kann
ein volles Vielfaches der Steuereinheit betragen; er
für jedes Kalenderjahr besonders bestimmt.

Das Grundsteuerrahmengesetz sieht ebenso wie das Ge-
besteuerrahmengesetz vor, daß für alle Steuergegen-
de in einem Lande nur der gleiche Umlagesteuersatz be-
nt werden kann; das gleiche gilt für den Umlage-
rsatz einer Gemeinde. Auch gegen diese Bestimmung
Bedenken erhoben, und es wird damit gerechnet, daß
unter Umständen noch eine andere Regelung gefunden

Im Grundsteuerrahmengesetzentwurf ist festgelegt, daß
als Hauptsteuergesetz der Berechnung der Grundsteuer
jährlich 8 vom Tausend des auf volle Hundert nach unten
abgerundeten Einheitswertes zugrunde gelegt werden.

Kein Feiertag auf Kompromiß!

Peinlich, sehr peinlich ist es den Rechtsparteien, daß ge-
rade jetzt, wo sie die Reichsregierung führen, die Frage des
Verfassungstages als Nationalfeiertag nicht
von der Tagesordnung der öffentlichen Diskussion verschwin-
det. Soll ihnen auch das nicht erspart bleiben, die Verfas-
sung durch Festsetzung dieses Feiertages widerwillig nicht nur
anzuerkennen, sondern auch zu ehren? Vorläufig wehren
sich die Deutschnationalen noch mit Händen und Füßen, wenn
sie auch der offenen Entscheidung durch die „Lösung“ auswei-
chen möchten, die sie nachgerade für alle Dinge anwenden, —
nämlich die Vertagung.

Die beiden Koalitionsparteien der Deutschnationalen sind
anscheinend der Auffassung, daß man von dem rechten Flügel
in der Reichsregierung einstweilen Zugeständnisse nicht
mehr verlangen dürfe, weshalb auch das Zentrum
sich dem Nationalfeiertag gegenüber so gut wie ablehnend
verhält. Allerdings hat ein Artikel in der „Germania“ zu er-
kennen gegeben, daß die Reichstagsfraktion des Zentrums doch
nicht die Resonanz im Lande hat, auf die das Zentrum Wert
legt, weshalb sich die „Germania“, — ohne Verbindlichkeit —,
doch für einen Nationalfeiertag einsetzt und auch den Verfas-
sungstag anerkennen will, jedoch die Feier auf den Sonntag
nach dem 11. August legen möchte. Die Deutsche Volkspartei
kommt den Deutschnationalen noch mehr entgegen, wenn bei-
spielsweise die „Kölnische Zeitung“ als Nationalfeiertag den
Tag des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs oder den Tag, an dem
der letzte Soldat der Besetzungsmächte das Rheinland verlassen
wird, propagiert. Das ist eine Verschiebung, die die
junge Demokratie ohne die Feier läßt, deren jede Demokratie
zur Weckung des Nationalbewußtseins bedarf, die aber auch
den Sinn des Nationalfeiertages umkehrt.

Es mag richtig sein, daß in den Kreisen der Parteien, die
die Verfassung von Weimar jahrelang bekämpft und dann be-
schworen haben, eine Stimmung für eine Nationalfeier am
Verfassungstag nicht vorhanden ist. Das ist verständlich. Ohne
weiteres lassen sich die Folgen einer wütenden Hetze
nicht austilgen. Aber die „Germania“ weist mit Recht dar-
auf hin, daß auch der 14. Juli in Frankreich nicht populär
war, als er festgesetzt wurde. Die große, weltgeschichtliche Be-
deutung des 14. Juli hat sich erst später den Massen offenbart.
Gerade so können wir nicht davon ablassen, den Verfassungs-
tag als die Grundlegung des Wiederaufstiegs des deutschen
Volkes anzusehen und wir wünschen, daß dies Bewußtsein sich
auch bei den breiten Massen durchsetzt. Der Nationalfeiertag
muß deshalb im Geiste des neuen Staates begangen werden.

Risse in der Koalition.

Das Zentrum für Verlängerung des Sperrgesetzes.

Die Anträge der Demokraten und der Sozialdemokra-
ten, das Sperrgesetz für die Auseinandersetzungen zwischen
den ehemaligen Fürstenhäusern und den Ländern bis
Ende des Jahres zu verlängern, haben die Regierungs-
koalition in peinliche Verlegenheit gesetzt. Sie
haben zugleich wieder einmal die Gegensätze aufgeris-
sen, die trotz aller gegenteiligen Beteuerungen und trotz
aller Vertuschung nach außen zwischen den Parteien und
Fraktionen der gegenwärtigen Koalition im Reich bestehen
Charakteristisch dafür waren die Auseinandersetzungen bei
der Beratung im Rechtsausschuß am Mittwoch.

Hier zeigte sich einmal, wie begründet die Anträge der
Opposition gewesen sind. Haben doch die Vertreter
Thüringens, Mecklenburgs und Hessens in
sehr eindringlicher Weise die Anträge der Oppositionspar-
teien unterstützt. Das sind die Länder, für die die Fürs-
tenabfindungsfrage heute noch immer praktisch akut ist.
Und man sollte meinen, daß die Vertreter dieser Regie-
rungen, die noch dazu politisch zum Teil der Rechtsregie-
rung im Reich näher stehen als den Oppositionsparteien,
wohl einen begründeten Anlaß haben, auf die Verlänge-
rung der Sperrfrist zu dringen, obwohl ihre ehemaligen
Fürstenhäuser dem Reichsministerium des Innern gegen-
über „Bindungen“ eingegangen sind, für die Folgezeit den
Prozeßweg nicht zu beschreiten. Es sollte doch zu denken
geben, daß diese Ländervertreter offenbar auf die „Ver-
einbarungen“ mit den Fürstenhäusern nicht all zu viel
geben. Aber die Reichsregierung geht über diese drin-
gende Forderung der Betroffenen zur Tagesordnung über.
Hergt, der Reichsjustizminister, bleibt dabei, daß heute
das Sperrgesetz überflüssig geworden sei.

Und die Koalitionsparteien? Sie bieten ein treff-
liches Bild der Einheitlichkeit: das Zen-
trum erklärt nämlich unbeschadet der Koalitionsgemein-
schaft sich in diesem Fall mit der Opposition soli-
darisch. Das Zentrum scheint sich in diesem Falle be-
wußt zu sein, daß es Beschlüsse gibt, die man ohne Gefahr
für seine eigene Politik nicht wieder umstoßen kann. Und
einen solchen Beschluß hat das Zentrum in der Frage des
Sperrgesetzes gefaßt, als es noch in der Koalition der Mit-
te saß. Ganz folgerichtig stellt der Zentrumsvertreter fest,
daß die Lage unverändert ist, und daß deshalb die Anträ-
ge der Oppositionsparteien berechtigt sind. So wer-
den die Demokratischen und sozialdemokratischen Anträge
im Ausschuß mit 15 gegen 11 Stimmen angenom-
men. Eine klare Mehrheit. Zweifellos eine
Niederlage der Regierungskoalition. Aber
nicht der Regierung selbst. Denn es bedarf für die An-
nahme der Anträge im Reichstage ein er Zweidrittelmehr-
heit. Diese Zweidrittelmehrheit aber ist ohne die Deut-
sche Volkspartei nicht erreichbar. Und diese steht auch hier
Schulter an Schulter mit den Deutschnationalen.

So werden also die Oppositionsanträge im Reichstag
abgelehnt worden, trotzdem für sie eine einfache Mehr-
heit vorhanden ist. Das Zentrum ist wohl diesmal des-
halb konsequent geblieben, weil es praktisch ohne Wirkung
bleibt. Immerhin ist die Solidarität der Koalition aufs
neue diskreditiert; aber dazu braucht es nicht mehr viel.

Stresemann gegen die Dolchstoßlegende.

Zeugenaussage vor dem Untersuchungsausschuß.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, ist
der Reichsaußenminister Dr. Stresemann vom Untersu-
chungsausschuß des Reichstags in seiner Eigenschaft als
Führer der Nationalliberalen Fraktion des Reichstags
während des Krieges als Zeuge vernommen worden. Dr.
Stresemann hat dem vierten Unterausschuß schriftlich seine
Aussage zugehen lassen.

Dr. Stresemann gibt in einer eingehenden Darstel-
lung zuerst Aufschluß über die Strömungen innerhalb der
Nationalliberalen Reichstagsfraktion und gibt dabei offen
zu, daß die Nationalliberale Fraktion eine einheitliche
Auffassung weder in den Fragen der Innen- noch der
Außenpolitik während der Kriegszeit hatte. Der rechte
Flügel lehnte sich stark an die Konservativen und Alldeut-
schen an und war vertreten durch den Essener Handelskam-
mersyndikus Hirsch, während der linke Flügel unter Dr.
Junck und Freiherr von Richthofen mehr Zugeständnisse
an die demokratischen Ideen machte. Die ausgleichende
Mehrheit der Fraktion sei Bassermann gefolgt und später
Dr. Stresemann, der seit der Erkrankung Bassermanns im
Februar 1917 an die Führung kam. Der Zeuge Dr. Stre-
semann geht in seinen Aussagen bis auf die Vorkriegszeit
zurück und schildert dabei, wie sich die Erwartungen, der
Kaiser werde sich auf Grund der Stellungnahme des Par-
laments beeinflussen lassen, als irrig erwiesen haben. Die
Schuld daran habe beim Parlament und beim Volke ge-
legen, weil das Volk bei Kundgebungen und Besuchen des
Kaisers überhaupt keine Notiz von der Kritik des Reichs-
tages genommen, sondern ihm überall zujubelte. Die Be-
hauptung, daß die Nationalliberale Partei sich während
des Krieges nicht für innerpolitische Reformen eingesetzt
habe, sei ungerechtfertigt. Die Nationalliberale Reichs-
tagsfraktion habe schon damals ihre Bedenken gegen das
allgemeine gleiche Wahlrecht zurückgestellt. Dr. Strese-
mann berichtet von stärksten persönlichen Differenzen, die
zwischen Bassermann und Bethmann bestanden hätten,
Bassermann habe einmal in einem Telegramm an einen
pfälzischen Parteifreund Besorgnisse über ein bevorstehen-
des Manifest des Kanzlers ausgesprochen, und der Kanz-
ler habe daraufhin nicht nur gegenüber anderen Partei-
führern der Nationalliberalen erklärt, daß er mit der
Nationalliberalen Partei nicht weiter arbeiten könne,
sondern unwidersprochen sei auch damals durch die Presse
gegangen, daß der Kanzler ein militärisches Disziplinar-
verfahren gegen den Major Bassermann angeregt habe.
Stresemann macht dem damaligen Reichskanzler Beth-
mann-Hollweg den Vorwurf, daß er zur Frage der Wahl-
reform die denkbar unglücklichste Haltung eingenommen
habe; er habe durch Versprechungen nebelhafte Vorstel-
lungen erweckt, sei aber erst in der letzten Stunde, kurz
vor seinem Abschied, bereit gewesen, das gleiche Wahl-
recht durchzuführen. Da aber sei er gegenüber seinen Mini-
sterkollegen nicht durchgedrungen.

Politisch von dem größten Interesse sind die Ausfüh-
rungen Dr. Stresemanns über die Zeit vor dem Zusam-
menbruch. Er sagt, daß der Oberst Bauer ihn in Bezug
auf die Unterrichtung der Parteiführer gewarnt habe, die
militärische Lage nach den Erfolgen der Frühjahrsoffen-
sive zu überschätzen. Er, Stresemann, habe darin die Mei-
nung Ludendorffs zu erkennen geglaubt, daß wir versu-
chen sollten, zum Frieden zu gelangen, solange wir noch
auf der Höhe der militärischen Leistungsfähigkeit ständen.
In einer Besprechung mit dem Staatssekretär von Hintze
am 23. August 1918 habe er eine kaum noch verhüllte Er-
klärung des Auswärtigen Amtes gesehen, daß wir uns
beeilen müßten, zum Frieden zu kommen. Unter Hinweis
auf die schwierige militärische Lage habe Herr von Hintze
damals ausgeführt, daß wir alle Fäden anknüpfen müß-
ten, wenn etwa die alten Fäden abreißen würden. Diesen
Bemühungen sei durch die Erklärungen des 1. Oktober ein
Ziel gesetzt worden. Major von dem Bussche habe damals
gesagt, daß wir nunmehr die Wilsonschen Friedensbedin-
gungen annehmen müßten. Die Parteiführer seien da-
mals auf diese niederschmetternde Mitteilung nicht vorbe-
reitet gewesen, sodaß sogar die Frage entstanden sei, was
eigentlich in diesen Wilsonschen Punkten alles enthalten
wäre, insbesondere ob in diesen Wilsonschen Punkten die
Abtretung Elsaß-Lothringens einbegriffen sei. Selbst der
unabhängige Abgeordnete Haase habe damals erklärt, daß
seine Partei stets vertreten habe, die elsaß-lothringische
Frage durch Abstimmung zu regeln. Es sei sogar den Par-
teiführern das Wort abgenommen worden, mit ihren Frak-
tionen nicht darüber zu sprechen. Stresemann habe aber
dann mit einem Herrn der Obersten Heeresleitung telefo-
nisch gesprochen, und dabei habe er gehört, daß der Schritt
des Majors von dem Bussche die Meinung der Obersten
Heeresleitung wiedergegeben habe. Wir standen in einem
hoffnungslosen Kampfe, verloren täglich 10 000 Gefangene
und die Situation erheische den Waffenstillstand.

Wenige Tage später seien die Dinge nicht mehr geheim
zu halten gewesen, und als bei Truppentransporten eine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270709-18/fragment/page=0005

bessere Stimmung an der Front eingetreten sei, sei trotzdem die Stimmung in der Heimat nicht mehr zu halten gewesen, weil der Gegensatz zwischen den jahrelang aufrecht erhaltenen Siegeshoffnungen und dem Zusammenbruch aller dieser Erwartungen sich zu tief in der öffentlichen Meinung des Volkes ausgewirkt haben.

Aus der Arbeit der demokratischen Reichstagsfraktion

Demokratische Aufwertungsanträge.

Bei der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Verzinsung aufgewerteter Hypotheken und ihres Umtausches in Grundschulden hat die Demokratische Reichstagsfraktion nachstehende Aenderungsanträge eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen:

1. **Der § 8 des Aufwertungsgesetzes wird aufgehoben, soweit auf Grund dieses Paragraphen bereits Herabsetzungen der Aufwertung durch die Aufwertungsstellen verfügt und zur Eintragung in das Grundbuch gelangt sind, ist auf Antrag des Gläubigers der Differenzbetrag zwischen dem zur Einzahlung gelangten Betrag und dem Aufwertungsbetrage gemäß § 4 des Aufwertungsgesetzes an bereiteter Stelle einzutragen. Der Antrag ist binnen drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zu stellen;**
2. **folgender Entschließung zuzustimmen: die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den im Wege einer sofort verzinslichen Umtauschanleihe oder auf andere geeignete Weise die Altbesitzer von Reichsanleihen anstelle von Anleiheablösungsschuld und Auslosungsrechten in den Besitz eines Wertpapiers gesetzt werden, dessen Wert einer mindestens 12½prozentigen Aufwertung des ursprünglichen Betrages der in Anleiheablösungsschuld umgetauschten Reichsanleihe entspricht, und das laufend mit mindestens 5. v. H. jährlich verzinst wird.“**

*

Demokratischer Antrag zur Anleiheablösung.

Die demokratischen Abgeordneten Brodauf und Freiherr von Richthofen haben im Rechtsausschuß des Reichstags zur Aufwertungsfrage nachstehenden Antrag eingebracht:

„Der Ausschuß wolle beschließen, folgende **Entschließung** anzunehmen: die Reichsregierung zu ersuchen, denjenigen Altanleihebesitzern, die die Fristen für die Anmeldung ihrer Markanleihen zum Umtausch in der Anleiheablösungsschuld des Deutschen Reiches und zur Gewährung von Auslosungsrechten aus entschuldbaren Gründen versäumt haben, eine Nachfrist bis 30. September 1927 zu gewähren.“

*

Gegen vorbeugende Rede- und Versammlungsverbote.

Auf Grund einer Entschließung des Reichstages, in der die Reichsregierung ersucht worden ist, bei den beteiligten Länderregierungen darauf hinzuwirken, daß vorbeugende, der gesetzlichen Begründung entbehrende Rede- und Versammlungsverbote nicht erlassen werden, hat die Reichsregierung nunmehr diese Entschließung den Länderregierungen zustellen lassen mit der Bitte, ihr nachzukommen. Ob die bayerische Staatsregierung diesem Ersuchen der Rechtsregierung Folge leisten wird, ist — siehe den Münchener Reichsbannertag — stark zu bezweifeln.

*

Der Adel und die Bauern.
Bemerkenswerte Geständnisse.

Die Rechtsregierung im Reiche hat dem ostelbischen Landadel wieder Mut gemacht. Man wittert anscheinend in diesen Kreisen Morgenluft, und es ist überaus bemerkenswert, wenn im „Deutschen Adelsblatt“ ein Herr von der Goltz heute schon wieder folgendes schreiben darf: „In unsern Tagen hat der aus führenden Beamtenstellen ausgeschaltete preußische Adel die Pflicht, außerhalb des Staatsdienstes an das Volk heranzukommen. Wo kann das geschehen? Der landeingesessene Adel wird den Wirtschaftskampf bestehen, wenn die Landwirtschaft zusammenstehend mit allen erlaubten und möglichen Mitteln den heutigen Staat, in dem sie ein Staat im Staate sein muß, zwingt, ihren Interessen Rechnung zu tragen. Alle Politik ist Machtpolitik. Sie wird es können und zugleich auch im altpreußischen Sinne handeln, wenn sie im Landbund, Wertgemeinschaft und Stahlhelm das gesamte Landvolk einschließlich aller Arbeiter hinter sich sammelt und ihr Führer wird.

Zusammenschluß des Landadels unter weitsichtigen, energischen Führern und Zusammenarbeit mit den in den Städten fest zusammengeschlossenen vaterländischen Verbänden werden den preußischen Adel das Heft in Preußen wieder in die Hand geben und den Händen der Anti-Preußen Braun, Becker und Abegg entreißen.“

Auf diese Tiraden antwortet in treffender Weise die „Pommersche Bauernzeitung“: „Graf von der Goltz entwickelt hier das Programm des Landadels und Großgrundbesitzes. Wir sehen hieraus, daß der Adel und Großgrundbesitz, der in kritischer Zeit versagt hat, jetzt mit allen Mitteln um die Macht kämpft. Als Werkzeug benutzt er, wie Graf von der Goltz offen zugibt, den Landbund. Es ist klar, daß bei der Entwicklung innerhalb des Landbundes der Großgrundbesitz die Führung der Bauern durch selbstbewußte Bauern nicht will. Die Bauern, die vom Großgrundbesitz heute noch im Landbund vorgeschoben werden, um sein wirkliches Ziel, die Erlangung der Macht, zu verschleiern, sind weiter nichts als Strohpuppen und Aushängeschilder.“

*

Das Schicksal der Mieterschutzgesetze.

Nachdem die Reichsregierung die Mieterschutzgesetze so verspätet in den Reichsrat und den Reichstag hat gelangen lassen, daß eine sachgemäße Durchberatung dieser Gesetze, die für die Mieter außerordentlich einschneidende Veränderungen bringen, bis zum 30. Juni nicht mehr möglich ist, wird angenommen, daß die Reichsregierung, auch infolge der Stellungnahme des Reichsrats, sich in letzter Stunde noch entschließen wird, sich mit einer unveränderten Verlängerung der bestehenden Mieterschutzgesetze bis zum 31. Dezember einverstanden zu erklären. Im anderen Falle würde die Oppposition voraussichtlich in der Lage sein, eine solche unveränderte Verlängerung der Gesetze zu erzwingen.

*

Ein demokratischer Antrag.

Ein demokratischer Antrag.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, hat die Demokratische Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, auf die Länder dahin einzuwirken, daß di **überflüssigen und kostspieligen Gesandtschaften der Länder** untereinander aufgehoben werden. Ueber das Ergebnis soll Bericht erstattet werden.

Durch diesen Antrag, der hoffentlich die Mehrheit des Reichstags findet, soll ein staatsrechtlicher Unfug und ein politischer Zopf beseitigt werden. Es ist in keiner Weise einzusehen, warum Preußen, Sachsen, Bayern usw. heute untereinander noch Gesandtschaften haben müssen. Die Demokratische Fraktion des Preußischen Landtags hat deshalb auch seinerzeit gegen die Beibehaltung der preußischen Gesandtschaft in München gestimmt. Auf der anderen Seite mutet es recht merkwürdig an, daß gerade von volksparteilicher Seite Wert auf die Einrichtung einer preußischen Gesandtschaft in Hamburg gelegt wird. Schon Eugen Richter hat sich im alten Reichstag gegen diese Form des bürokratischen Verkehrs gewandt. Leider sind diese Rudimente nicht alle der Revolution zum Opfer gefallen. Das geschah nur in Baden, wo bis zum Jahre 1918 noch eine bayerische Gesandtschaft bestand. Der bayerische Gesandte verschwand dann aber sehr schnell. Wenn die Gesandten der Länder die besondere Aufgabe haben, ihre Regierungen über die politischen Verhältnisse in den Ländern, in denen sie beglaubigt sind, zu unterrichten, so dürfte diese Aufgabe wohl auf andere Weise viel besser und billiger zu erfüllen sein. Im übrigen wird in unterrichteten Kreisen erzählt, daß der frühere badische Gesandte in Berlin vom Ausbruch des Kapp-Putsches von Karlsruhe aus telefonisch benachrichtigt worden ist, und das gleiche soll auch auf den Gesandten von Haniel in München zutreffen, der ebenfalls erst telefonisch von Berlin aus auf den Hitlerputsch im November 1923 aufmerksam gemacht sein soll.

*

Die Abfindung der Standesherren.
Ein demokratischer Initiativ-Gesetzentwurf.

Die Demokratische Reichstagsfraktion hat den Entwurf eines Gesetzes zur Ablösung der Staatsrenten der früheren Landes und Standesherren und sonstiger wiederkehrender Leistungen eingebracht. In diesem Gesetzentwurf heißt es u. a.:

„§ 1. Auf die Staatsrenten der in den Artikeln 57, 58 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch und im Reichsgesetz vom 25. März 1904 genannten Personen finden vorbehaltlich der Bestimmungen im Abs. 2 dieses Paragraphen mit Wirkung vom 1.1. 1924, die Vorschriften des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. 7. 1925 entsprechende Anwendung.

Soweit die Rentenansprüche der im Abs. 1 bezeichneten Personen zeitlich begrenzt oder für die Aufgabe oder den Verlust von Hoheits- oder sonstigen öffentlichen Rechten oder für die Ueberlassung von Gegenständen zugesichert sind, welche kraft Hoheits- oder sonstiger öffentlicher Rechte erworben waren, werden die Länder ermächtigt, durch Landesgesetz diese Ansprüche mit Wirkung vom 1. 1. 1924 für erloschen zu erklären.

§ 2. Bei Anwendung des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen auf die Staatsrenten ist der Kapitalwert der Rente gleich ihrem 20fachen Jahresnennbetrage.

Je 100 Mark Kapitalwert der Rente werden in 25 RM Anleiheablösungsschuld (Altbesitz) des zur Rentenzahlung verpflichteten Landes umgetauscht.

§ 8. Die Länder werden ermächtigt, vorbehaltlich der Bestimmungen im § 9 durch Landesgesetz die Vorschriften des § 1 Abs. 1 und der §§ 2—7 dieses Gesetzes auf sonstige wiederkehrende Leistungen mit Wirkung vom 1. 1. 1924 für anwendbar zu erklären, soweit diese ohne Gegenleistung des Berechtigten oder gegen eine vor dem 13. 3. 1850 bewirkte Leistung von den Ländern zugesichert worden sind.

Soweit es sich um wiederkehrende Naturalleistungen handelt, kann durch Landesgesetz bestimmt werden, daß der für den Kapitalwert der Leistungen maßgebende Jahresnennbetrag nach billigem Ermessen durch die oberste Landesbehörde festzusetzen ist.

§ 9. Die Vorschrift des § 1 Abs. 2 dieses Gesetzes findet auch dann Anwendung, wenn wiederkehrende Leistungen der darin bezeichneten Art anderen als den im § 1 genannten Personen von den Ländern geschuldet werden.

§ 11. Für Ansprüche, welche aus Anlaß dieses Gesetzes erhoben werden, ist der Rechtsweg ausgeschlossen.

Aus der Arbeit der demokratischen Landtagsfraktion

Um die Bodetalsperre.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich mit dem Antrage der demokratischen Abgeordneten Dr. Bohner-Magdeburg und Falk auf Bau einer Talsperre im Gebiet der oberen Bode.

Nach einer Begründung des Antrages durch den Abg. Dr. Bohner erklärte Ministerialrat Dr. Schröter, daß die Regierung dem Projekt sehr wohlwollend gegenüberstehe. Bisher habe aber der Reichsverkehrsminister eine bestimmte Erklärung über die Freigabe des Bodewassers abgelehnt, bis durch die Weser-Kanalisationausreichende Wassermengen zur Speisung des Mittellandkanals zur Verfügung stehen. Im Reichshaushalt sind die für die Weser-Kanalisation eingesetzten Mittel in diesem Jahre leider gestrichen worden, doch könne man damit rechnen, daß im neuen Haushalt für diesen Zweck ausreichende Gelder zur Verfügung gestellt werden. Dem Bau der Talsperre werde dann nichts mehr entgegenstehen.

Das Bodetalsperren-Projekt sei das größte, das bisher ausgearbeitet worden ist. Das Obergutachten Mattern sei sehr günstig ausgefallen, auch hinsichtlich der Rentabilität des Unternehmens. Verhandlungen mit Braunschweig seien eingeleitet worden, da die Sperre auf braunschweigischem Gebiet liegen wird, aber Preußen zugute kommen soll. Braunschweig verlange als Ersatz dafür den Bau der Oker talsperre. Dieses Projekt werde von der preußischen Regierung als ein selbständiges Unternehmen betrieben. Auch mit Anhalt werden Verhandlungen aufgenommen werden, da durch die Bodetalsperre auch anhaltisches Gebiet berührt wird. Gegen die Talsperre liegt bisher nur ein Einspruch der amtlichen Stelle für Naturschutz und Naturdenkmalspflege vor. Es bestehe aber Aussicht, daß in einer gemeinsamen Ortsbesichtigung durch Mitglieder des Landwirtschafts- und Kultusministeriums, die am 18. und 19. Juli erfolgen soll, die Bedenken der Stelle für Naturschutz und Denkmalspflege beseitigt werden. Als Träger des Baues solle eine Gemeinschaft aus Preußen, Braunschweig und der Provinz Sachsen gebildet werden.

Auf eine Anfrage, wie die Provinz Sachsen und besonders Magdeburg sich zu dem Bau der Bodetalsperre verhalten, erwidert Abg. Wittmaak-Magdeburg, daß die Stadt Magdeburg auf das Wasser aus der Bodetalsperre verzichten zu können glaubt, weil es seinen Bedarf an Trinkwasser auf andere Weise durch Ausnützung der Grundwasserströme zu decken hofft.

Abg. Dr. Bohner machte darauf aufmerksam, daß die Provinz Sachsen für die Vorarbeiten des Projektes einen Betrag von 15 000 Mark zur Verfügung gestellt hat. Er regte weiter an, bei der Regierung in Magdeburg ein besonderes Referat für dieses Projekt einzurichten, damit die Provinzialverwaltung daraus ersehen kann, daß der Staat dieses Unternehmen ernsthaft betreiben will. Diesem Hilfsarbeiter bei der Magdeburger Regierung sollten auch alle anderen mit dem Bau des Mittellandkanals in Verbindung stehenden Fragen übertragen werden.

Ministerialrat Schröter erwiderte darauf, daß die Einzelfragen erst nach Bildung der Träger-Gemeinschaft und nach der endgültigen Erklärung des Reichsverkehrsministeriums geklärt werden könnten. Mit dem Beginn des Baues der Bodetalsperre könne voraussichtlich zu Ostern des kommenden Jahres begonnen werden. Der Hauptausschuß nahm hierauf den vorerwähnten Antrag Dr. Bohner-Falk in folgender Fassung an:

„Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, zu gegebener Zeit für den Bau einer Talsperre im Gebiet der oberen Bode Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge und im Rahmen des Arbeitsbeschaffungs-Programms bereitzustellen.“

*

Wichtige Ernennungen in Preußen.
Drei neue Staatssekretäre.

Nach einer Mitteilung des „Demokratischen Zeitungsdienste“ hat das Preußische Staatsministerium in seiner letzten Sitzung Beschluß über eine Reihe wichtiger Neuerungen gefaßt. Am 1. Oktober treten infolge Erreichung der Altersgrenze die verdienten Staatssekretäre Fritze von Justizministerium, Ramm vom Landwirtschaftsministerium und Dönhoff vom Handelsministerium in den Ruhestand. Nachfolger Fritzes im Preußischen Justizministerium wird der bisherige stellvertretende Leiter der Preußischen Landesprüfungsamtes Hölscher. Im Landwirtschaftsministerium wird der bisherige Regierungspräsident in Lüneburg, Krüger, Nachfolger des Staatssekretärs Ramm. Krüger gehört der Sozialdemokratischen Partei an und hat sich durch seine erfolgreiche Tätigkeit auf dem Gebiete der Siedlung bereits einen Namen gemacht. Nachfolger des Staatssekretärs Dönhoff im Handelsministerium wird der bisherige Ministerialdirektor von Seefeld, der im Preußischen Handelsministerium Mittelstandsfragen und Fragen des Berufsschulwesens bearbeitet hat.

*

Im Kampf gegen die Siedlungssabotage.
Eine Anfrage der Demokraten.

Die Demokratische Fraktion hat im Preußischen Landtage folgende Kleine Anfrage eingebracht:

Das bisher einem holländischen Großgrundbesitzer gehörige Gut Holtfelt, Kreis Halle (Westf.), ist an den Großgrundbesitzer Graf von Korff-Schmising verkauft worden, ohne daß die provinzielle Siedlungsgesellschaft Rote C ihr Vorkaufsrecht gemäß dem Reichssiedlungsgesetz wahrgenommen hat. Durch den Verkauf der etwa 560 Morgen großen landwirtschaftlich genutzten Fläche werden 8–10 Kottenpächter in ihrer Existenz bedroht und 35 bäuerliche Betriebe, die auf Zupacht aus dem Gute Holtfeld angewiesen sind, in ihrer wirtschaftlichen Rentabilität gefährdet. Da diese landwirtschaftlichen Betriebe zum schon länger als hundert Jahre bestehen, wäre eine Übertragung der Pachtfläche in das Eigentum der Pächter zweckmäßig gewesen. Da der Kaufpreis, den der Graf von Schmising bezahlt hat, nur rund 500 M pro Morgen beträgt, so wäre die Durchführung eines Siedlungsverfahrens oder aber als letzter Ausweg der Ankauf durch die staatliche Domänenverwaltung durchaus möglich gewesen. Die Staatsregierung wird gefragt:

1. Wie begründen die für die Siedlung verantwortlichen Stellen ihr Verhalten?

2. Wann gedenkt die Staatsregierung das schon am 1. Oktober 1926 über die Verhältnisse der Erb- usw. Pächter geforderte Gutachten vorzulegen?

*

Preußen und die Zollfrage.

Das Preußische Staatsministerium hat in seiner letzten Sitzung die Reichsratsvorlage über die Zollangelegenheiten erörtert. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270709-18/fragment/page=0006

richteter Seite erfährt, lehnt die Preußische Staatsrung die **Erhöhung des Kartoffelzolls von 50 Pf. auf Mark ab,** im Hinblick darauf, daß die Kartoffelpreise mmlich sind und die Kartoffeleinfuhr noch nicht ein- 1 Prozent des Verbrauches ausmacht.

Ebenso spricht sich die Regierung **gegen eine Erhöhung Zuckerzolls** von 10 Mark auf 15 Mark je Doppelzentaus, während sie den Vorschlag, die Zuckersteuer zu n, befürwortet. Die Zuckerpreise scheinen ihr eine Erng nicht zu rechtfertigen, umgekehrt wird eine Sen der Zuckerpreise den im Inland vorhandenen bedeun Zuckervorräten Aufnahme auf den Markt schaffen. nehrter Zuckerverbrauch wird dem Rübenbau mehr te kommen, als etwa ein erhöhter Zoll.

Anders steht es beim Schweinefleischzoll. Hier war zu nken, daß der gegenwärtige Zoll sich bei weitem unter Satz der Vorkriegszeit bewegt. Die Schweinemast ist ie große Masse, namentlich der kleinbäuerlichen Landschaft, von entscheidender Bedeutung. Die Erzeugere sind unter Berücksichtigung der Geldentwertung unedigend. Unzureichende Schweinepreise beeinträchtigen Aufzucht. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft ist nur ausreichenden Erzeugerpreisen in der Lage, den Insbedarf im wesentlichen zu decken. Stabile ausreie Schweinepreise sind nach jahrzehntelanger Erfah die Vorbedinung für ein gleichmäßiges und preistes Marktangebot. Sie liegen darum im gemeinsamen ereße von Verbrauchern, Händlern und Erzeugern. Rücksicht hierauf stimmt Preußen im Reichsrat der öhung des Schweinefleischzolles von 21 auf 32 Mark Die Verlängerung der bisherigen Zollgesetzgebung o von Preußen angenommen.

*

e für Schlesien.

Die demokratischen Abgeordneten Schmiljan, Herrm, Falk, Meincke und die übrigen Mitglieder der Deratischen Fraktion des Preußischen Landtags haben stehenden Antrag eingebracht:

„Im Regierungsbezirk Liegnitz, vor allem in den isen Bunzlau, Lauban und Löwenberg hat ein schwe Unwetter, verbunden mit Hagelniederschlag am 3. i d. J. in einer Anzahl Gemeinden die Roggenernte völlig, die Weizen- und Kleefelder zum großen Teil nichtet. Von dem Unwetter wurden in der Hauptsache ttel- und Kleinbauern getroffen, nur wenige von ihnen versichert. Die vom Unwetter Heimgesuchten befanden infolge der Mißernte des Vorjahres bereits in einer erordentlich schweren wirtschaftlichen Notlage. Der dtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu eren, die Schäden amtlich feststellen zu lassen und den n Unwetter schwer geschädigten und in ihrer Existenz f bedrohten Bauern nachdrückliche Hilfe zu gewähren.“

*

mokratischer Antrag zur Landgemeindeordnung.

Die demokratischen preußischen Landtagsabgeordneten riest, Hourtz, Goll und Genossen haben beantragt, den 6 der Landgemeindeordnung zu ändern. Nach der bisigen Fassung heißt es: „Die Landgemeinden sind betigt, Anstalten, Einrichtungen und Betriebe gemeinziger und werbender Art zu betreiben.“ Nach dem dekratischen Antrag soll dieser Paragraph lauten: „Zu Selbstverwaltungsangelegenheiten gehört auch die verbliche Betätigung der Landgemeinden. Eine solche ist oweit zulässig, als die Sicherstellung der Befriedigung es allgemeinen Versorgungsbedürfnisses der Einwohschaft eine gemeinwirtschaftliche Regelung erfordert. ne darüber hinausgehende gewerbliche Betätigung bef der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.“

Beamtenfragen.

Reinhold und die Beamtenbesoldung.

Der frühere demokratische Reichsfinanzminister Dr. einhold teilt als Antwort auf einen Angriff des utschnationalen Abgeordneten Dr. Quaatz u. a. mit:

„Was die Behauptung betrifft, daß die alte Reichsierung, insbesondere „der demokratische Finanzminister d seine Freunde der Linken“ für die Beamtenschaft chts getan hätten, so ist diese Behauptung völlig lsch. Zunächst habe ich, als infolge der allgemeinen njunkturbesserung der Lebenshaltungsinder wieder zu igen begann, trotz großer parlamentarischer Schwierigten, die in der Hauptsache von einer Partei der jetzin Regierungskoalition ausgingen, dafür gesorgt, daß rch die einmalige Zuwendung im Dezember den eamten eine, zwar unzureichende, dafür aber sofortige lfe zugeführt wurde. Darüber hinaus habe ich aber bei eser Gelegenheit im Dezember 1926 in den Ausschüssen e im Plenum des Reichstages erklärt, daß die **Erhöhung r Beamtenbesoldung eine Staatsnotwendigkeit sei und ß sie sofort in Angriff genommen werden sollte.** Ich be weiterhin den Spitzenverbänden der Deutschen Beamnschaft das Versprechen gegeben, daß diese Beamtenbesolngsreform mit den zuständigen Organisationen besproen werden sollte und zwar in einem Stadium, wo noch cht vollendete Tatsachen geschaffen wären, sondern die timmen der Organisation noch voll zur Geltung kommen nnten. Lediglich der im Dezember erfolgte Sturz der egierung hat die sofortige Erfüllung dieser klar und ndeutig gegebenen Versprechungen verhindert.“

*

etrogene Beamte.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete und frühere dische Minister Dietrich charakterisiert in der „Neuen adischen Landeszeitung“ sehr treffend die durch die Deagogie der Rechtsparteien für die Beamten geschaffene age mit folgenden Sätzen: „Die Beamtenführer von der echten, besonders der volksparteiliche Abgeordnete Moth, hatten zum Teil den Mund die Jahre her sehr weit fgemacht und waren jetzt in des Teufels Küche, als es lt, diese Versprechungen einzulösen. Meine Freunde und ich hatten den Standpunkt eingenommen, daß, nachdem man im vorigen Jahr wegen der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die die Kassen des Reiches außerordentlich beanspruchte, für die Beamten nichts tun konnte, es jetzt an der Zeit sei, alsbald zu helfen; und wir stellten deshalb Anträge, die darauf hinausliefen, zum mindesten ab 1. Juli prozentuale Zuschüsse allen Gehaltsklassen zu geben, und zwar den unteren Klassen 12½ und den oberen 10 Prozent, damit die Beamten wissen, woran sie sind und bis zur endgültigen Neuregelung einen genau bestimmten Zuschuß bekommen. Vielleicht hätten wir für die „Unteren“ prozentual mehr beantragen sollen. Die Regierungsparteien drosselten alle diese Anträge ab, ohne auch nur zu sagen, was sie am 1. Oktbr. zu tun gedenken. Sie haben wohl in Aussicht gestellt, daß von diesem Tage an gezahlt werden solle, haben aber nicht gesagt, wieviel. So ist alles in der Schwebe geblieben. Allerdings wird der Haushaltsausschuß voraussichtlich im Herbst zusammentreten, und er ist auch ermächtigt worden, die Regierung zu ermächtigen, ab 1. Oktober zu zahlen. Die Regierung ihrerseits hat aber nicht erklärt, was sie am 1. Oktober zu zahlen gedenkt, auch nicht, was sie etwa im Ausschuß vorschlagen wird.“

Das Fürsorgewesen.

Von Med.-Rat Dr. Mathias, M. d. L., Kreisarzt, Bernburg.

Vor dem Kriege war die Fürsorge für die arme und notleidende Bevölkerung den Orts- und Landesarmenverbänden nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen übertragen. Ueber diesen Rahmen hinaus bestand noch eine intensive soziale Fürsorge vonseiten zahlreicher caritativer Verbände. Auch jede einzelne Person leistete entsprechend ihren wirtschaftichen Verhältnissen und der humanitären Einstellung den Aermsten in der Not Beistand. So haben sich vor dem Kriege wohl krasse Klassenunterschiede, teils ungeheuer Reichtum, teils große Armut gezeigt. Hungersnot aber und unermeßliches Elend gab es damals nicht.

Diese Verhältnisse haben sich seit 1918 erheblich geändert. Der Krieg hat schwere Opfer an Leben und Gesundheit vom deutschen Volke gefordert, die Entwertung des Geldes hat das mühsam gesparte Vermögen zahlreicher Familien zerschmelzen lassen, die ständige Not hat die Körper- und Nervenkräfte eines großen Teiles unserer Mitmenschen ausgesaugt, der Arbeitsmangel hat auch den Arbeitswilligen die Möglichkeit genommen, das, was ihnen an Kraft und Fähigkeiten übrig geblieben ist, zur Erhaltung ihrer Existenz und der ihrer Angehörigen einzusetzen.

So waren Zustände entstanden, die notgedrungen das Reich veranlaßten, durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen das ganze Fürsorgewesen nach allgemeinen Gesichtspunkten zu regeln und die Lasten, die früher den einzelnen Gemeinden übertragen waren, aus sozialen, vaterländischen und politischen Gesichtspunkten auf sich zu nehmen. Die diesbezüglichen Gesetze sind:

1. das Versorgungsgesetz vom 4. 8. 1921
2. das Unterstützungsgesetz für Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung vom 7. 12. 1921
3. das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt zur Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige vom 9. 7. 1922
4. die Wochenfürsorge vom 9. 6. 1922 und Verordnung vom 18. 8. 1923
5. das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 12. 1. 1923
6. das Reichsversorgungs-, das Altrentner-, das Kriegspersonenschädengesetz in der Fassung vom 30. 6. 1923.

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 8. 12. 1923 wurde am 13. 2. 1924 die Verordnung über die Fürsorgepflicht erlassen, die alle Zweige der sozialen Fürsorge zusammenfaßt, die Fürsorgepflichtigen auf die Länder überträgt und letzteren hierfür durch die dritte Steuernotverordnung bestimmte Steuern überläßt.

Die Träger der Fürsorgepflicht sind in Anhalt der Landesfürsorgeverband und die Bezirksfürsorgeverbände der vier Hauptstädte und fünf Kreise.

Die Aufgaben, die die Fürsorgeverbände zu erfüllen haben, sind

1. soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und die ihnen auf Grund des Versorgungsgesetzes Gleichstehenden (die eigentlichen laufenden Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenrenten mit allen Zulagen werden vom Reich getragen)
2. die Fürsorge für Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung, soweit sie nicht den Versicherungsträgern obliegt
3. die Fürsorge für Kleinrentner und die ihnen Gleichstehenden,
4. die Fürsorge für Schwerbeschädigte und Schwererwerbsbeschränkte durch Arbeitsbeschaffung
5. die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige
6. die Wochenfürsorge

Es würde zu weit führen, die einzelnen gesetzlichen Bestimmungen dieser Fürsorgepflichtverordnung, im Besonderen die Frage der Zuständigkeit, den Begriff der Hilfsbedürftigkeit und des Maßes der Fürsorge, den Kostenersatz, die Frage der Arbeitspflicht und Anstaltsunterbringung hier zu erörtern. Es soll vielmehr nur über die Auswirkung dieser reichsgesetzlich angeordneten Fürsorgepflicht referiert werden.

Das Reich hat sich meines Erachtens die Aufgabe sehr leicht gemacht. Nachdem es humanitäre Bestimmungen getroffen, hat es ohne genügende Zuweisung der erforderlichen Steuermittel die Lasten auf Gemeinden und Länder abgewälzt. Die Hauszinssteuer, die zunächst ausschließlich für die Fürsorge gedacht war, kann nach späteren reichsgesetzlichen Bestimmungen nur zu einem gewissen Prozentsatz (20 bis 30 Prozent) zu öffentlichen Zwecken verwendet werden; der Rest muß dem Wohnungsbau dienen. Der ungeheure Bedarf der einzelnen Gemeinden an Mitteln für die öffentliche Fürsorge haben deshalb den Zustand herbeigeführt, daß bei den eingeschränkten Machtbefugnissen der Gemeinden bezüglich der Steuererhebungen überhaupt, die Steuerdecke erheblich zu kurz geworden und fast überall eine Defizitwirtschaft entstanden ist. Das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer, der einzige Weg, der den Gemeinden die Möglichkeit gibt, die Kosten für die Fürsorge zu bestreiten, ist ihnen zur Zeit noch vorenthalten.

Das sind außerordentlich betrübliche Tatsachen. Sie bedingen, daß die Gemeinden bei der immer noch bestehenden Not u. Arbeitslosigkeit anscheinend nicht mehr in der Lage sind, die Fürsorgelasten zu tragen. Sie können sie aus dem Grunde nicht mehr tragen, weil sie, hauptsächlich in den kleinen Gemeinden, den Gesamtetat überschreiten.

So scheint mir fast ein Zusammenbruch der gesamten Fürsorgepflichtverordnung in drohende Nähe gerückt.

Die Fürsorgepflichtverordnung ist meines Erachtens nicht mehr zeitgemäß. Sie war in dem Jahre der schlimmsten Inflation geboren und mag den damaligen Verhältnissen Rechnung getragen haben. Bei dem raschen Wechsel der Zeiten aber und dem Wechsel der Lebensbedingungen des Staates und der Bürger können derartige Gesetze nur ein kurzes Leben haben und sind als Bestimmungen von längerer Dauer nur störend und hinderlich in der Erfüllung der Aufgaben. Es ist wohl zu erwägen, ob die Kriegsbeschädigtenfürsorge von der übrigen Fürsorge auf die Dauer getrennt werden kann oder ob nicht das gesamte Versorgungswesen in ein einheitliches Gesetz zusammengeschmiedet werden muß, das alle der sozialen Fürsorge bedürftigen Kreise erfaßt und ihnen eine einheitliche Versorgung gewährt. Nur durch ein solches, einheitliches Gesetz können meines Erachtens die bestehenden Fehler in der Fürsorge beseitigt werden. Was müßte im Rahmen dieses Gesetzes geschehen?

Die Zuteilung und Höhe der Rente in allen zweifelhaften Fällen darf fernerhin nicht von den einzelnen maßgebenden Instanzen (Verwaltungs- und Begutachtungskörper) allein bestimmt, sondern muß von Kommissionen festgelegt werden, in denen einerseits die interessierten Personen und andererseits die Verwaltungs- und Begutachtungsbehörden vertreten sind In diesen Kommissionen erst kann die Notwendigkeit und Höhe der Rente von verschiedenen Gesichtspunkten aus bewertet und festgelegt werden. Nicht außer Acht zu lassen ist hierbei, daß den Gemeinden, die letzten Endes die Lasten zu tragen haben, mehr Selbständigkeit gelassen wird. Sobald diese ganze Arbeit wieder vom grünen Tisch in den Gesichtskreis der beteiligten Gemeinden gerückt und dadurch jeder zweifelhafte Fall nach der wirklichen Notwendigkeit bewertet wird, werden die Klagen verstummen, die man vielfach hört, daß die Rentenverteilung zur Zeit häufig eine ungerechte ist. Sollen doch einerseits zur Zeit manchmal Personen Renten bekommen, die erheblich über das erforderliche Maß hinausgehen und dem Sinn des Gesetzes nicht entsprechen (ich erinnere nur an § 7 der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge), während andere, die dringend der Unterstützung bedürfen, bei ihrer Schüchternheit und mangelhaften Gewandtheit nicht zu dem gebührenden Rechte kommen. Die Rentenpsychose ist zweifellos eine Krankheit, die erheblich in der letzten Zeit gewachsen ist.

Es wird uns also weiter nichts übrig bleiben, wenn Länder und Gemeinden nicht an den Fürsorgelasten zusammenbrechen sollen, als das ganze Rentenwesen mit dem Ziele der Vereinfachung, genaueren Begutachtung und Dezentralisation zu modernisieren.

800 000 Erwerbslose.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge betrug am 15. Juni 1927 rund 598 000 gegenüber 649 274 am 1. Juni, 743 227 am 15. Mai, 870 378 am 1. Mai. Der Rückgang in der Zeit vom 1. bis 15. Juni beträgt also ungefähr 7,7 Prozent, der vom 15. Mai bis 1. Juni 12,6 Prozent, der vom 1. Mai bis 15. Mai 14,6. Die Zahl der Zuschlagsempfänger ist im gleichen Zeitraum von 726 000 auf 664 000 gesunken. Auch in der Krisenfürsorge ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni um ungefähr 18 000 zurückgegangen, nämlich von 226 000 auf 208 000. Alles in allem hat also die Zahl der unterstützten Arbeitslosen seit 15. Mai 1927 einen Rückgang von 163 000, das ist 16,8 Prozent erfahren.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich also zweifellos entspannt. Den hauptsächlichsten Beitrag hierzu leistet das Bau- und Baustoffgewerbe, die Textil- und Bekleidungsindustrie und in gewissem Umfang auch die Holz- und Metallindustrie. Die lebhaftere Tätigkeit im Bauwesen wirkt sich natürlich auch auf die Nebengewerbe und die beteiligten Handwerkszweige aus. Man wird also eine gewisse Steigerung der wirtschaftlichen Aktivität feststellen dürfen.

Nun ist in Deutschland sehr viel geschrieben worden, daß wir auf absehbare Zeit mit einer chronischen Arbeitslosigkeit von beträchtlichem Umfang rechnen müssen. Man stützt sich hierbei auf die aus der Entwicklung und dem Altersaufbau der Gesamtbevölkerung erkennbare Entwicklung der Erwerbsbevölkerung, die sich ja mit ziemlicher Präzision errechnen läßt. Hierbei ergibt sich, daß wir auf absehbare Zeit mit einem Arbeitsangebot rechnen müssen, das um 3 bis 4 Millionen größer ist als das der Vorkriegszeit. Man weist ferner darauf hin, daß die verschiedenen unmittelbaren Kriegsfolgen — wie die Zunahme der Frauenarbeit, die Vermehrung des Arbeitsangebotes durch frühere Rentner, die Rückwanderung von Auslandsdeutschen, ferner die unmittelbare Kapitalzerstörung — Eingliederung dieser zwangsläufig wachsenden Zahl der Erwerbsfähigen in den Produktionsprozeß außerordentliche Schwierigkeiten machen werden.

Das ist alles richtig und deshalb kann auch von einer günstigen Konjunktur noch nicht ohne weiteres die Beseitigung des Teils der Arbeitslosigkeit erwartet werden, der sich bei gewissenhafter Prüfung auf strukturelle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270709-18/fragment/page=0007

Aenderungen der deutschen Volkswirtschaft zurückführen läßt. Wenn trotzdem aber die gegenwärtige Lage des Arbeitsmarktes als Wirkung der erhöhten Aktivität der deutschen Wirtschaft noch nicht befriedigend erscheint, und wenn vor allen Dingen das vollständige Fehlen einer Ergänzung der gegenwärtigen Konjunkturentwicklung nach der Exportseite hin die Aufrechterhaltung des jetzigen Status' durchaus in Frage stellt, so wird man nicht umhin können, die Frage aufzunehmen, ob die in den letzten Monaten eingetretene Erhöhung des allgemeinen Lohnniveaus die Steigerung des Arbeitsbedarfes der Wirtschaft durch den konjunkturellen Aufschwung und damit den Rückgang der Arbeitslosigkeit hemmt! Es wird gesagt, daß nur eine quantitätstheoretische Betrachtungsweise in der gegenwärtigen Lohnbewegung eine Gefahr für die Konjunkturentwicklung sehen könne. Das aus der Geldtheorie entlehnte Wort der quantitätstheoretischen Betrachtungsweise ist nicht geeignet, die Problemstellung, auf die es hierbei ankommt, zu klären. Der Verfasser denkt auch gar nicht an die Quantitätstheorie des Geldes, sondern an die Lohnfondstheorie des Arbeitsmarktes, die sagt, daß die für den Lohnaufwand der Wirtschaft zur Verfügung stehende Summe mit der der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Kapitalmenge identisch sei. Es ist natürlich nicht schwer, festzustellen, daß die alte, in ihrer Formulierung etwas gewaltsame Lohnfondstheorie nicht stimmt. Daß aber ein Zusammenhang zwischen der Größe des in der Wirtschaft gebildeten Kapitals und der Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes besteht, muß auch der zugeben, der der Lohnfondstheorie in der Behauptung einer präzisen Uebereinstimmung nicht folgen kann.

Es zeigt sich vielfach eine Art, die Verhältnisse des Arbeitsmarktes zu betrachten, die in gewissem Sinne gefährlich ist. Eine genaue Betrachtung des Konjunkturbildes zeigt die völlige Einschränkung der Steigerung des Produktionsumfanges auf erhöhte Ansprüche des Inlandsmarktes. Ihre Parallelität mit Lohnsteigerungen und Preissteigerungen ist daher nur natürlich. Aber gerade deshalb ist die Gesamtlage durchaus nicht geeignet, Optimismus zu rechtfertigen. Die zunehmende Passivität unserer Handelsbilanz muß zwangsläufig im Interesse des Devisenmarktes zu Kreditrestriktionen, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Notwendigkeit der Verzinsung und Rückzahlung ausländischer Kredite führen. Solange also die Konjunktur lediglich auf den Inlandsmarkt beschränkt bleibt, was bei steigenden Löhnen und entsprechend steigenden Preisen angesichts der Rückläufigkeit der Weltmarktpreise selbstverständlich ist, besteht immer die Gefahr, daß ganz zwangsläufig Kreditrestriktionen den günstigen Anfang der Konjunkturentwicklung drosseln.

Das würde eine Verringerung des Lohnfonds und damit der Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes zur Folge haben. Will man das aber vermeiden, so bleibt nur die Möglichkeit, den Konjunkturaufschwung auf die Basis erweiterten Exports zu stellen und das ist selbstverständlich nur möglich, wenn die Gesamtrichtung unserer Wirtschaftspolitik und natürlich auch der Lohnpolitik ohne Verbilligung der deutschen Produktion erstrebt. Die Erfahrungen, besonders der Amerikaner, zeigen doch, daß eine solche Politik geeignet ist, eine wirkliche Hochkonjunktur herbeizuführen, und zwar — was in diesem Zusammenhang das wichtigste ist — bei sinkenden Preisen und steigenden Reallöhnen. Auf die Reallöhne kommt es aber an und nicht auf die Zahlen, die Nominallöhne sind tatsächlich nichts anderes als Zahlenbegriffe, die Reallöhne aber sind wirtschaftliche und soziale Wirklichkeiten.

Soziales

Demokratische Anträge zur Arbeitslosenversicherung.

Zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs über Arbeitslosenversicherung hat sich die demokratische Reichstagsfraktion auf wenige Anträge beschränkt. Sie fordert in einem Auftrage in den Klassen 4—10 die Erhöhung der Hauptunterstützung auf 40 v. H. des Einheitslohnes und in den gleichen Klassen Erhöhung der Gesamtunterstützung auf 65 v. H.. Besonders der letzte Antrag ist von großer Bedeutung, da er die kinderreichen Familien berücksichtigt. Nach den bisherigen Beschlüssen würde ein Zuschlag für das 5. und weitere Kind nicht mehr gewährt werden. Ferner kann nach den bisherigen Beschlüssen der Beitrag in den verschiedenen Bezirken in verschiedener Höhe erhoben werden. Neben allen anderen Nachteilen würde dadurch der eigenartige Zustand entstehen, daß für gleiche Leistungen verschieden hohe Beiträge gezahlt werden können. Die Demokratische Reichstagsfraktion beantragt deshalb, daß der Beitrag durch den Verwaltungsrat der Reichsanstalt einheitlich für das ganze Reich festgesetzt wird. Die Frist, in der der Arbeitslose verpflichtet ist, eine andere ihm zugewiesene Beschäftigung anzunehmen, ist auf neun Wochen verkürzt worden. Die Demokraten beantragen, daß Angestellte zur Annahme einer Arbeit nur in einer der Angestelltenversicherungspflicht unterliegenden Tätigkeit verpflichtet sind. Zwei weitere Anträge verlangen im Interesse der Selbstverwaltung Ersatz der Zustimmung der gesamten Reichsregierung durch die Zustimmung des Reichsarbeitsministers.

Die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens.

Gwpdt. Die tariflichen Vereinbarungen über das Lehrlingswesen erweisen sich immer mehr als wertvolle Ergänzung der gesetzlichen Bestimmungen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten kann in seinem Jahresbericht für 1926 feststellen, daß von 736 Tarifverträgen am Ende des Jahres 570 Bestimmungen enthalten, die irgendwie die Verhältnisse der Lehrlinge regeln. Der in der Theorie bestehende Streit über die Zulässigkeit einer tariflichen Regelung hat in der Praxis die tarifvertraglichen Vereinbarungen nicht hindern können. Die Rechtsprechung und Gesetzgebung werden den bestehenden praktischen Bedürfnissen Rechnung tragen müssen. Im einzelnen ergibt die tarifvertragliche Regelung des Lehrlingswesens folgendes Bild:

216 Tarifverträge schreiben einen schriftlichen Lehrvertrag vor.

225 Tarifverträge bestimmen die Dauer der Lehrzeit. Für die kaufmännischen Angestellten ist die Lehrzeit durchweg auf drei Jahre begrenzt. Soweit höhere Schulbildung vorliegt oder ein volles Jahr der Besuch eines Vollkurses einer Handelsschule erfolgt ist, kann die Lehrzeit auf zwei Jahre verkürzt werden.

In 409 Tarifverträgen wird den Lehrlingen ein Rechtsanspruch auf Urlaub zugesichert.

385 Tarifverträge setzen die dem Lehrling zu zahlende Entschädigung fest.

Verschiedentlich enthalten die Tarifverträge noch Vereinbarungen, die den Lehrherrn verpflichten, die Kosten des Besuches einer Handels- bezw. Berufsschule einschließlich der benötigten Lehrbücher zu tragen. Teilweise sind auch Bestimmungen getroffen worden über die Weiterbeschäftigung des Lehrlings nach Beendigung der Lehrzeit.

Parteinachrichten.

Bezirk Halle.

Zur Warnung für landwirtschaftliche Betriebsunternehmer.

Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen, Sitz Merseburg, schreibt uns:

In einem bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen versicherten landwirtschaftlichen Betriebe verunglückte im Dezember 1926 eine Arbeiterin beim Dreschen dadurch, daß ihre Kleider von der Antriebswelle der Strohpresse in dem Augenblick erfaßt wurden, als sie sich in deren Nähe bückte, um einer anderen Arbeiterin einen Korb Spreu hochzuheben. Bevor die Maschine abgestellt werden konnte, war die Verunglückte mehrere Male herumgeschleudert worden. Die hierbei erlittenen Verletzungen waren so schwer, daß der Tod sofort eintrat. Wie die Untersuchung ergab, war das auf der rechten Seite der Strohpresse herausragende 35 cm lange Ende der Antriebswelle nicht geschützt. Daß dieser äußerst gefahrvolle Teil der Welle mit Schutz versehen sein mußte, war dem Betriebsunternehmer bekannt. Er wurde deshalb wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Das Gericht hat ihn jetzt zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt. Außerdem muß er sämtliche Kosten für die Beerdigung usw. tragen. Hieraus müssen die Landwirte die Lehre ziehen, daß die von der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen veröffentlichten Unfallverhütungsvorschriften auf das Gewissenhafteste beachtet werden, damit sie nicht nur andere, sondern auch sich selbst vor schwerem Schaden bewahren.

Nicht vergessen!

Bei Ablehnung der von Demokraten, Sozialdemokraten und Zentrum beantragten Verlängerung des Sperrgesetzes für Fürstenabfindungsprozesse hat sich neben den anderen Rechtsparteien auch die sogenannte **Wirtschaftspartei wiederum als willkommene Helferin der verstaubten und vermoderten „Rechts"-Titel der Fürsten und Standesherren erwiesen.** Diese Partei, die angeblich die Interessen der deutschen Wirtschaft und im Sonderheit die des Mittelstandes wahren und für eine steuerliche Entlastung eintreten will, hat auch in diesem Falle ihre Abgeordneten nicht zu einer einheitlichen Abstimmung und zur Annahme der eigentlich selbstverständlichen Verlängerung des Sperrgesetzes zusammenhalten können. Bei der Abstimmung für und wider haben vielmehr **eine Anzahl Abgeordneter der Wirtschaftspartei gegen die Verlängerung gestimmt und diese zu Fall gebracht.**

Damit werden natürlich auch in Preußen die Ersatzansprüche der vorläufig mit einer jährlichen Abschlagszahlung von 30 und 45 Prozent abgefundenen Standesherren aufs neue hervortreten. Einer dieser „erstklassigen Preußen" berechnete seinerzeit ja seine „Schadenersatzansprüche" auf die Kleinigkeit von nur 5 Millionen Goldmark. Man wird also wieder versuchen, Staat und Volk zu schröpfen, und dabei werden natürlich alle „Fürsten" solidarisch vorgehen und ihre Forderungen, die sich auf rund 100 Millionen belaufen, auf dem Prozeßwege wieder aufnehmen.

Wer muß das bezahlen? Haben die Abgeordneten der Wirtschaftspartei sich das klar gemacht? Haben sie daran gedacht, daß für die allseitig als notwendig erachtete Aufbesserung der Beamtenbezüge kein Geld da ist, daß aber der Preußische Staat nun wieder sofort Hunderttausende an diese unersättliche und anmaßende Gesellschaft von Fürsten und ihren Trabanten zu zahlen hat. Neue steuerliche Lasten sind die Folgen, und Volk und Wirtschaft müssen aufs neue bluten.

Es fällt einem schwer, Abgeordnete, die durch ihre Abstimmung solche Zustände unterstützen, als Volksvertreter anzusprechen. Hier trennt sich **Volksrecht und Herrenanmaßung** in ganz augenfälliger Form. Aber, wenn auch Deutschnationale und Volksparteiler, wie nicht anders zu erwarten, so handeln, daß Vertreter einer angeblichen Wirtschaftspartei in dieselbe Kerbe hauen, überschreitet denn doch jedes erträgliche Maß.

Wir bitten unsere Leser, bei politischen Gesprächen **den Mittelstand ganz besonders auf das Verhalten von Abgeordneten der Wirtschaftspartei aufmerksam zu machen.** Bis zu den nächsten Wahlen darf dieser Akt von Volksfeindlichkeit nicht im Vergessenheit geraten.

Halle. Der von den Ortsgruppen für jedes eingeschriebene Mitglied an den Wahlkreisverband vierteljährlich abzuführende Beitrag von 0,50 M ist an das Bankhaus L. Schönlicht, Halle (Saale), Poststraße, Postscheckkonto Leipzig Nr. 9923 einzuschicken.

Halle. Auf der am 22. Mai in Halle abgehal[illegible] Vertretertagung des Wahlkreisverbandes wurde u. a. [illegible] nachstehender Beschluß gefaßt:

Die Ortsgruppen verpflichten sich, ab 1. [illegible] 1927 der Wahlkreisverbands-Geschäftsstelle ein E[illegible] plar der örtlich erscheinenden und am meisten g[illegible] nen Zeitung durch die Post laufend kostenlos zu [illegible] weisen.

Dieser Beschluß kam einmütig zustande und wurd[illegible] wissermaßen als eine Selbstverständlichkeit angesehen. [illegible] Etat der Ortsgruppe kann er auch nicht sehr belaste[illegible] ja nur ein einzelnes Zeitungsexemplar für jede K[illegible] Ortsgruppe in Frage kommt. Bisher hat aber nu[illegible] Ortsgruppe Bitterfeld diesen Beschluß ausge[illegible] Wir erinnern die Vorstände der fehlenden Ortsgru[illegible] an diesen Beschluß und bitten dringend um Beachtu[illegible]

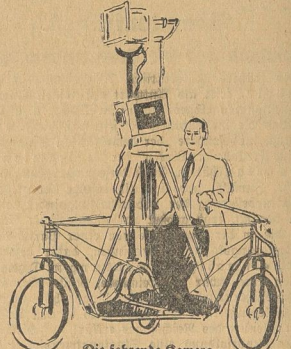
Halle. Die Eintrittskarten für unsere mit e[illegible] Sommerfest verbundene Verfassungsfeier liegen in [illegible] Steintorbuchhandlung von Herrn A. Simonjohn, 6[illegible] Steinstr. 54 55, und in unserer Parteigeschäftsstelle, [illegible] Brauhausstr. 30 (im Neubau an der Ritter-Passage), [illegible] Abholung bereit. Wir bitten alle Mitglieder und G[illegible] nungsfreunde um recht frühzeitige Abnahme dieser [illegible] karten. Erwachsene 60 Pfg., Kinder frei

Weißenfels. Vom Wetter aufs herrlichste begün[illegible] fand am Sonntag, den 26. Juni das Sommer- bezw. [illegible] derfest der Deutschen Demokratischen Partei Weißen[illegible] im Bahnhofsrestaurant Leißling statt. Nach einer [illegible] lichen Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Le[illegible] Schneider, entwickelte sich in dem vollbesetzten, ge[illegible] migen Garten des Festlokals ein reges Treiben. [illegible] Armbrust und Bolzen gingen die Knaben dem sto[illegible] Adler, welcher erst einer kritischen Musterung standhe[illegible] mußte, zu Leibe, einen Treffer nach dem anderen e[illegible] lend, während die Mädchen mit dem Stechvogel den r[illegible] strahlenden Stern bearbeiteten. Nach einigen in Kostü[illegible] aufgeführten Volkstänzen, welche lebhaften Beifall fan[illegible] hielt Mittelschullkonrektor Drebes-Naumburg die [illegible] ansprache. Dieselbe klang aus in der Mahnung an [illegible] auch die Kinder, immer bedacht zu sein, deutsches Vo[illegible] tum zu pflegen, im anderen den deutschen Volksgeno[illegible] zu sehen und die Meinung und Ueberzeugung der ander[illegible] zu achten. Der Weg und das Ziel des Volkes ist der V[illegible] deraufbau des Vaterlandes. Die Deutsche Demokrat[illegible] Partei wird aber auch in der Zukunft eine der fest[illegible] Stützen der Verfassung von Weimar sein. Lebhafter [illegible] fall und die dritte Strophe des Deutschlandliedes „Gl[illegible] keit und Recht und Freiheit", folgten den begeiste[illegible] Ausführungen des Redners. Da die Veranstaltung [illegible] Kinderfest sein sollte, war für Belustigung der Ju[illegible] durch Topfschlagen, Wettlaufen und dergleichen weiter [illegible] sorgt, aber auch für Unterhaltung der Erwachsenen [illegible] durch Preisschießen der Herren und Kegeln für Da[illegible] Sorge getragen. Zum Schluß erhielt jedes Kind [illegible] schönes und praktisches Geschenk.

Die fahrende Kamera.

Ein neuer Aufnahmewagen.

Die modernste Richtung der Aufnahmetechnik weist auf [illegible] vom Stativ gelöste Kamera. Der Operateur ist gezwun[illegible] immer neue Bewegungsapparate für seine Kamera zu erfin[illegible] Die größte Verwendungsmöglichkeit hat der sogenannte [illegible] nahmewagen, früher ein sehr primitiv wirkendes Gestell, [illegible] sen Bewegungsmöglichkeit nur im Hin- und Herfahren in [illegible] durch vorheriges Proben festgestellten Richtung bestand, h[illegible] eine Spezialkonstruktion, die auch den komplizierteren An[illegible] derungen gerecht wird. Der Anblick eines antiquierten [illegible] fahrtes dürfte schon genügen, um zu beweisen, daß mit sol[illegible]



Die fahrende Kamera —

eine Erfindung des Chefoperateurs Carl Drews — wurde zum ersten Mal in dem Phoebus-Film „Pique Dame" erfolgreich benutzt

Mitteln nicht die höchsten Verrichtungen erzielt werden kö[illegible] ten. Der nunmehr geschaffene Wagen ist in der Form ein[illegible] gleichschenkligen Dreieds mit Rädern gehalten, alle Rä[illegible] ruhen in Gabeln und sind achsial. Oberhalb der Gabel ist [illegible] Kettenrad befestigt. Durch Rollenketten ist wiederum jedes [illegible] Räder verbunden und gehorcht der Steuerung von ein[illegible] Punkte aus. Diese Art der Steuerung gestattet jede gewünsc[illegible] Bewegung und bedeutet einen ungeheuren Fortschritt, da [illegible] direkt vom Kameramann selbst unter gleichzeitiger Beobachtu[illegible] des Bildfeldes aus geschieht. Ein weiterer Vorteil ist es, [illegible] das Objektiv die Ebene der festgelegten Richtung beibeh[illegible] und die Verfolgung des Objektivs nur durch Steuerung [illegible] Wagens erfolgt, der bedeutend schneller als jede andere Ka[illegible] ramabewegung folgen kann. Der Wagen ist zuerst in d[illegible] Phoebus-Film „Pique Dame" zur Verwendung gelangt. [illegible] hat seine große Beweglichkeit darin bewiesen und alle [illegible] Drehbuch verlangten Bewegungen der Kamera bedeutend [illegible] teftützt.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag
Ludwig Münz, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Allg. Ztg.), Delitzsch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270709-18/fragment/page=0008

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — **Bezugspreis:** 75 Goldpfennig monatlich zuzüglich 6 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, entgegen. — Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 10 Goldpfennig. — Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. — Anzeigen-Annahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser", Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. — **Verlag:** Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. **Schriftleitung:** Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277.

ummer 28 — Halle (S.), 9. Juli 1927 — 3. Jahrgang

Die brüchige Koalition.

ie Sehnsucht nach Ferien — Die Angst vor Scherben — Die Doppelpolitik des Zentrum — Zwischen Weimarer Koalition und schwarz-auem Block — In Preußen anders als im Reich — Der Kampf um das Schulgesetz — Herbsttagung? — Die Volkspartei für Abbau der ölle, die Deutschnationalen für Erhöhung — Unstimmigkeiten im Kabinett — Preußens Vorstoß im Reichsrat — Der verschiebbare Ver-ssungstag — Fronleichnam — Das aufgehobene Sperrgesetz — Die Abfindung des Mittelalters — Kostspielige Politik — Die Aussichten einer Auflösung — Wahlen in Strelitz — Die Militärattachés.

In den Wandelgängen des Reichstages wird nur ein-er Wunsch laut, möglichst bald die Pforten des Wallot-us zu schließen, ehe eine Krise heraufzieht. Es ist dies-al nicht allein Sorge um das eigene Wohlergehen, son-rn die ernste Befürchtung, daß die Koalition eine lange gung nicht mehr übersteht. Die Gegensätze sind zu groß worden und werden nach außen nur mühsam übertüncht. bei aber muß der aufmerksame Beobachter feststellen, ß die Risse im Bau nicht gradlinig verlaufen, sondern kreuzen. Keine der Kabinettsparteien weiß, wohin sie i einer Sprengung des Blocks gehen soll. Einige Wochen durch schien es, als ob das Zentrum die Absicht hätte, h einem Sturz des jetzigen Kabinetts sich auf die Wei-rer Koalition zu besinnen und dort die Führung zu ernehmen. Manches sprach dafür, auch die vorsichtige ilegung des Zwischenfalls Dr. Wirth. Bei den klugen ktikern, über die das Zentrum immer verfügt, auch nn es sie gerade am wenigsten in den Vordergrund llt, konnte man sehr wohl mutmaßen, daß man Dr. Wirth t mit einem kleinen Verweis abstrafen wollte, um ihm ter die Führung in der Weimarer Koalition zu über-gen. Die Aussichten dafür waren auch nicht schlecht. s Bröckeln der Kommunisten wie der Auftrieb der So-ldemokraten müssen immerhin mit einem erfolgreichen fmarsch rechnen. Nahm man diese Rechnung als rich-an, dann war allerdings die Voraussetzung dafür, daß s Zentrum unter Verzicht auf Schulgesetz und Konkordat, einer sich bietenden Gelegenheit den Austritt aus der gen Koalition anmelden und so der Volkspartei oder Deutschnationalen zuvorkommen würde. Deshalb rde auch der Beschluß des Parteiausschusses vom letzten nntag, der die Politik der beiden Hebel in Preußen und ich billigte und fortzusetzen versprach, in gleichem Sinne sgedeutet. Und doch war es falsch. Das Zentrum wollte iglich einen Druck damit auf die Rechtsparteien aus-en, um sie für das Reichsschulgesetz willfährig zu machen. e Klerikalisierung der Lehranstalten erscheint immer chtiger als die Republik mit ihren Verfassungsproblemen s Zollfragen und Außenpolitik.

*

Allerdings, das Zentrum hat das Schulgesetz noch nicht Hafen. Nur ein Zugeständnis wurde ihm gemacht: Die ptembertagung, die lediglich den Zweck verfolgt, das setz in erster Lesung zu verabschieden und es dann dem ldungsausschuß zu überweisen. Ob der Reichstag sich dieser recht überflüssigen Sitzung bereit findet, bleibt zuwarten. Möglich ist es immerhin. Doch damit ist nig erreicht. Schon das Kabinett, dieser kleine Aus-uß von elf Mann, Geßler fehlt sogar, weil er sich auf laub befindet, — hat keine Einigung zu erzielen ver-cht. Sechs Stunden hat man darüber hin und her be-ten, hat sogar eine zweite Sitzung zur Aussprache ver-ndt, und doch schließlich nichts weiter beschlossen, als die rlage dem Reichsrat und Reichstage zuzuweisen, ohne bst irgend eine Bindung einzugehen. Aus dem diplo-tischen Deutsch Parlamentarismus in die gewöhnliche rache übertragen heißt das nichts anderes, als daß nur s Zentrum hinter dieser Vorlage steht und daß sowohl Deutschnationalen wie die Deutsche Volkspartei sich die eiheit vorbehalten haben, über die einzelnen Para-aphen nach eigenem Ermessen abzustimmen. Noch hat s Zentrum nicht triumphiert. Wenn der deutsche Li-ralismus, der die Freiheit des Geistes zuerst in einem r reaktionärsten Staaten der Welt proklamiert hat, durch ssing, durch Schiller, Fichte, Schleiermacher, auf seinem sten ist, wird er auch diese Gefahr zu bannen wissen. Das hicksal der Vorlage kann von ganz wenigen Stimmen hängen.

*

Die Zolltarifnovelle ist zwar noch nicht unter Dach d Fach, doch kann man wohl annehmen, daß Herrn hiele dieses Meisterwerk gelingt. Eigentlich hätte er rücktreten müssen, denn die Landwirtschaft sieht auch in sem Kompromiß wie immer eine schwere Gefährdung s deutschen Ackers und hat die Zollerhöhung als unzu-chend bezeichnet. Aber Herr Schiele kennt seine Partei-unde, und wir kennen sie auch. Sie haben stets die nst beherrscht, am lautesten zu rufen, und wenn auch ht alles, so doch noch immer mehr zu erzielen, als sie bst für wahrscheinlich gehalten haben. Die eigentlichen Opfer bringen die beiden anderen Koalitionsparteien. Das Zentrum mutet seinen Anhängern in der Arbeiter- und Angestelltenschaft erheblich viel zu, und die Volkspartei kann den Widerspruch nicht aus der Welt schaffen, der zwischen der Haltung der Fraktion und den Reden ihrer beiden Reichsminister — Stresemann auf der Genfer Tagung, Curtius in der Sitzung der Handelskammern zu Hamburg — weithin sichtbar klafft. Der Landwirtschaftsminister hat nicht vermocht, die starken Meinungsverschiedenheiten im Kabinett zu vertuschen. Als Hilferding sie festnagelte, gab er ihr Bestehen achselzuckend zu. Es ist die Abschlagszahlung, die notwendig wurde, um das Kabinett über diesen Sommer hinweg zu bewahren. Die Kosten für das Eis. Die Entwicklung selbst wird einmal andere Wege gehen, die durch die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz vorgezeichnet sind. Dann aber wird das ganze Kabinett Marx III nur noch als eine unerfreuliche Episode in der Geschichte der Republik auf irgendeiner Tafel verzeichnet stehen.

*

Im Reichsrat hatte die Reichsregierung eine schwere Niederlage erlitten, als sie mit der Zolltarifnovelle kam. Unter Führung Preußens stimmten die meisten deutschen Länder gegen die Erhöhung des Zuckerzolls und Kartoffelzolls. So wurde eine Doppelvorlage nötig. Nebeneinander gingen dem Reichstage die Gesetzentwürfe zu, wie sie nach der Reichsregierung und nach der Absicht des Reichsrates aussehen sollen. Blieben die Länderregierungen fest, so wäre es eine Spielerei, eine Krise von größtem Umfang heraufzubeschwören. Ein Einspruch des Reichsrates kann vom Reichstage nur mit Zweidrittel Mehrheit zurückgewiesen werden. In diesem Falle so aussichtslos, daß Herr Marx es gar nicht wagen würde, das Ansinnen überhaupt zu stellen. Die Vorlage wäre damit gefallen, aber das deutsche Volk hätte keinen Vorteil, denn dann träten die autonomen Zollsätze in Kraft, die noch höher liegen. Das ist auch wohl der Grund, weshalb ein Teil der Länder bereits neue Instruktionen an seine Reichsratmitglieder gesandt hat. Man wird zunächst einmal drei gerade sein müssen, um dann bei dem endgültigen Zolltarif das entscheidende Wort zu sprechen.

*

Demokraten und Sozialdemokraten haben ihren Antrag auf Festlegung des 11. August als nationalen Feiertag wenigstens bis zur Aussprache gebracht. Freilich ist es nicht ihr Verdienst, denn sie hätten im Reichstage ohnmächtig jeder Sabotage zusehen müssen, da das Zentrum willens war, eine Verschleppung bis zum Spätherbst herbeizuführen. Da griff Preußen ein. Ein Fernstehender wird nie ganz begreifen, daß eine Regierung mit Zentrumseinschlag gegen die andere Regierung mit Zentrumseinschlag Angriffe richtet, aber der Parteiausschuß hat ja ausdrücklich diese Politik des doppelten Bodens gebilligt. Jedenfalls bestand Preußen auf Erörterung dieses Antrages und setzte seinen Willen durch. Für die ursprüngliche Fassung des Antrages sind die Aussichten nicht eben groß. Das Zentrum verwässert. Nur dann soll der 11. August gefeiert werden, wenn er auf einen Sonntag fällt, sonst feiert man eben den Abschluß des Verfassungswerkes am nächstfolgenden Sonntag. Bei geschichtlichen Gedenktagen eine etwas merkwürdige Anschauung. Man richtet sich offiziell nach dem Kalender, in Wahrheit nach der doppelseitigen Koalitionspolitik des Zentrums. Wenn die Linke überhaupt etwas Greifbares schaffen will, wird sie schon diesem ganz üblen Kompromiß zustimmen müssen, und nicht nur das, man wird auch den Fronleichnamstag zu einen offiziellen Staatsfeiertag machen. Rom tut nichts umsonst. Es muß an allem verdienen.

Geht Sie das an?

Haben Sie schon in diesem Jahre für die Partei ein Mitglied gewonnen? Wenn nicht, dann beeilen Sie sich, damit wir Sie in die Liste der Förderer eintragen können.

Jeder organisierte Demokrat hat im Laufe dieses Jahres der Partei ein neues Mitglied zuzuführen.

*

In der Fürstenabfindungsfrage hat der Reichstag völlig versagt. Dasselbe Zentrum, das immer für Sperrgesetze eintrat, hat sich jetzt den Deutschnationalen Halbrepublikanern gefällig erwiesen und den Antrag der Linken auf Verlängerung des Gesetzes abgelehnt. Schon melden sich auch die Standesherren mit ihren überalteten Forderungen, die in der modernen Zeit schon wegen ihres Charakters keinen Platz mehr haben. All die alten Raubsteuern wie Brückenzoll, wie Judengeld, wie Kopfsteuern, die damals bei Verschwinden der kleinen Dynastien in Renten abgegolten wurden, werden heute als Wechsel der Republik zum Einlösen präsentiert. Der Grundfehler wurde damals in Weimar gemacht. Sagen wir das nur ganz offen. Ungezählt waren die Versäumnisse der Volksbeauftragten, aber die Nationalversammlung unter dem fürchterlichen Eindruck des Versailler Vertrages und der Unruhen im Innern hatte nicht Muße, Rechtsfragen gründlich durchzuprüfen. Damals wäre es an der Zeit gewesen, mit dem ganzen Spuk des feudalen Mittelalters aufzuräumen. Die Gegenwart versagt wieder. Nur weil das Zentrum das Schulgesetz haben will. Sehr billig ist dieses Vergnügen nicht. Die Forderungen der Standes-
h [illegible] Preußen auf
12 [illegible] gssatz von 12½
P [illegible] esitzer erhalten,
w [illegible] llig empfunden.
S [illegible] bewilligen. Da-
fü [illegible] 12 Milliarden
ve [illegible] peist. Das re-
pu [illegible] eutschnationalen
ha [illegible] gute Dienste ge-
le [illegible]

au [illegible] für Reichstags-
es [illegible] Parolen fehlt
G [illegible] s von unseren
ge [illegible] r Reichsgewalt
un [illegible] ularismus, der
F [illegible] e erzielt hat,
A [illegible] isteslebens und
G [illegible] Beschlüssen von
wi [illegible] gerung. Wenn
hä [illegible] noch gezweifelt
de [illegible] einzelnen Län-
ta [illegible] n letzten Sonn-
La [illegible] Klein ist das
bi [illegible] gutes Spiegel-
de [illegible] r gelten. Und
ha [illegible] Die Völkischen
ha [illegible] n, die Rechten
erschüttert. Nur die Mitte hat sich gehalten, und die Sozialdemokraten einen Aufschwung erfahren. Die Zeit ist reif.

*

Die Engländer haben den besiegten Staaten von 1918 die Entsendung von Militärattachés nach London gestattet. Ungarn griff zu. Prinz Hohenlohe wird der Gesandtschaft schon in nächster Woche zuerteilt werden. Frankreich protestiert vergebens. Der Artikel 179 des Friedensvertrages gibt keine Handhabe für diesen Einspruch, obwohl man sich in Paris auf ihn beruft. Deutschland zögert noch, und unsere Nationalistenpresse lärmt gewaltig gegen ein Kabinett, das ihr doch näher steht als uns. In Wirklichkeit hat die Regierung Recht. Der Schritt ist nicht bedeutungsvoll genug, um die europäische Lage zu erschweren. Wer Großes will, muß in Kleinigkeiten behutsam vorgehen. Herr Dr. Stresemann weiß, weshalb er zaudert. Aber wenn die Deutschnationalen anderer Auffassung sind, so sei es ihnen gern gestattet, diesen Anlaß zum Ausscheiden zu benutzen.

Richard May.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270709-18/fragment/page=0009